

Gemeindeparlament Arosa

Gemeindekanzlei Arosa

Protokoll der 1. Sitzung des Gemeindeparlaments

Datum: Donnerstag, 21. März 2024

Zeit: 13:30 – 17:15 Uhr

Ort: Waldhotel Arosa

Teilnehmer: Gemeindeparlament
Christian Sprecher (Gemeindeparlamentspräsident)
Pascal Jenny
Ludwig Waidacher
David Zippert
Marc Gisler
Andrea Hagmann
Johannes Hemmi
Werner Jäger
Markus Lütscher
Bianca Markwalder
Bruno Preisig
Reto Thomas Ruoss
Stephan Schenk

Gemeindevorstand
Yvonne Altmann (Gemeindepräsidentin)
Peter Bircher
Noldi Heiz
Patric Iten
Paul Schwendener

Verwaltung
Jan Diener (Gemeindeschreiber)

GPK
Alessandro Minnella

Extern
Peter Beeli, IG Hochwang

Entschuldigt: Michael Meier, Gemeindeparlament

Protokoll: David Orlik, Aktuar

Traktandenliste

1. Begrüssung
2. Protokollgenehmigung
3. Geschäfte
 - 1 Parlamentsbeschluss Konstituierung Gemeindeparlament; Wahl des Präsidenten des Gemeindeparlaments für das Jahr 2024
 - 2 Parlamentsbeschluss Konstituierung Gemeindeparlament; Wahl des Vizepräsidenten des Gemeindeparlaments für das Jahr 2024
 - 3 Parlamentsbeschluss Konstituierung Gemeindeparlament; Wahl von zwei Mitgliedern des Gemeindeparlamentsbüros für das Jahr 2024
 - 4 Parlamentsbeschluss Wahl des Aktuariats des Gemeindeparlaments
 - 5 Parlamentsbeschluss Teilrevision des Gesetzes über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe und einer Tourismusförderungsabgabe; Genehmigung Botschaft und Verabschiedung zu Händen der Urnenabstimmung
4. Informationen des Gemeindevorstands
5. Hängige Aufträge / Anfragen
6. Aufträge / Anfragen
7. Fragestunde

1. Begrüssung

Bianca Markwalder: Geschätzte Parlamentarier, es freut mich sehr, euch heute hier in Arosa zur ersten Parlamentssitzung im 2024 begrüßen zu dürfen. Weiter begrüßen möchte ich gerne die Gemeindepräsidentin Yvonne Altmann, alle weiteren Vertreter des Gemeindevorstands, Alessandro Minnella von der Geschäftsprüfungskommission, alle geschätzten Zuschauerinnen und Zuschauer und Uwe Oster von der Presse. Für die heutige Sitzung entschuldigt hat sich Michael Meyer, wir sind also 13 von 14 Parlamentariern anwesend. Nach Art. 32 Abs. 2 der Gemeindeverfassung müssen mindesten 11 Parlamentarier anwesend sein. Somit sind wir beschlussfähig. Ihr habt die Traktandenliste alle rechtzeitig erhalten. Gibt es Änderungen oder Ergänzungen zur Traktandenliste?

Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer mit der Traktandenliste einverstanden ist, soll dies bitte mit Handerheben bezeugen. Wunderbar, danke vielmals. Dann kommen wir bereits zum zweiten Traktandum, zum Protokoll der 4. Parlamentssitzung vom 15. November 2023. Ihr habt das alle zugestellt bekommen.

2. Protokollgenehmigung

Bianca Markwalder: Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Protokoll vom 15. November 2023 einverstanden ist, soll dies bitte mit Handerheben bezeugen.

Einstimmig angenommen, vielen Dank. Dann kommen wir zum Traktandum 3, zur Wahl des Präsidenten des Gemeindeparlaments für das Jahr 2024. Wer hätte da Vorschläge? David?

3. Geschäfte

1 B3.1.6. Gemeindeparlament Konstituierung Gemeindeparlament;

Antrag:

Gemäss Art. 33 der Gemeindeverfassung konstituiert sich das Gemeindeparlament selbst und wählt jährlich einen Präsidenten (...). Gemäss Art. 48, lit. a, der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments wählt das Gemeindeparlament für die Dauer eines Jahres das Gemeindeparlamentspräsidium.

Wahlvorschlag:

David Zippert: Geschätzte Bianca, werte Parlamentsmitglieder, sehr verehrte Gemeindevorstände, geschätzte Yvonne, ich möchte Christian Sprecher für das Parlamentspräsidium für das neue Jahr vorschlagen. Christian ist ein sehr engagiertes Parlamentsmitglied, kann die Sektion vom Tal sehr gut vertreten und ich glaube wir treffen eine sehr gute Wahl mit ihm.

Bianca Markwalder: Danke vielmals David. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir doch zur Abstimmung.

Bianca Markwalder: Wer Christian Sprecher gerne seine Stimme zum Parlamentspräsidenten 2024 geben möchte, soll das mit Handerheben bezeugen. Wunderbar, vielen Dank. Christian, würdest du dieses Amt gerne annehmen?

Christian Sprecher: Vielen Dank geschätzte Kollegin, geschätzte Kollegen. Ich nehme die Wahl sehr gerne an.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die einstimmige Wahl von Christian Sprecher zum 12. Gemeindeparlamentspräsidenten der Gemeinde Arosa für das Jahr 2024. Das Stimmenverhältnis beträgt 13:0, bei einem abwesenden Parlamentarier.
2. Protokollauszug an:
 - Gemeindeganzlei

Christian Sprecher: Geschätzte Gemeindepräsidentin, geschätzte Gemeindevorstände, werte Kollegin und Kollegen Parlamentarier. Ich freue mich, dass ich im kommenden Parlamentsjahr das Amt des Präsidenten ausüben darf. Ich freue mich sehr, dass ich als Vertreter der kleinsten Ortschaft, als Vertreter von Calfreisen, dem Parlament vorsitzen darf.

Euch, geschätzte Kollegin und Kollegen, danke ich an dieser Stelle recht herzlich für diese Wahl. Ich danke euch für das Vertrauen, das ihr mir mit dieser Wahl entgegenbringt. Ich werde mich bemühen, dem gerecht zu werden. Ich freue mich im kommenden Jahr auf angeregte, interessante Diskussionen mit euch, respektive unter euch. Ich werde mich ein bisschen zurückhalten. Ich freue mich aber auch auf kritische Diskussionen auf kritische Voten. Wir sind als Volksvertreter gewählt und als Volksvertreter sind wir angehalten, Vorlagen welche ans Parlament gelangen, kritisch anzuschauen, kritisch zu hinterfragen. Man kann da sicher unterschiedlicher Ansicht sein. Meiner Meinung nach haben wir da in jüngster Vergangenheit vielleicht nicht in jedem Fall brilliert. Da haben wir sicher noch ein bisschen Luft nach oben. Das ist meine Meinung, das kann man vielleicht auch anders sehen. Ich bin aber nicht hierher gesessen, um mit dem Mahnfinger zu winken. Ich bin auch nicht hierher gesessen um eine lange Ansprache zu halten. Mir wäre am Wohlsten, wenn wir mit der Traktandenliste weiterfahren könnten.

2 B3.1.6. Gemeindeparlament Konstituierung Gemeindeparlament;

Antrag:

Gemäss Art. 33 der Gemeindeverfassung konstituiert sich das Gemeindeparlament selbst und wählt jährlich einen Präsidenten sowie einen Vizepräsidenten (...). Gemäss Art. 48, lit. b, der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments wählt das

Gemeindeparlament für die Dauer eines Jahres das Gemeindeparlaments-Vizepräsidium.

Wahlvorschlag:

Christian Sprecher: Ich würde jetzt gerne zum Traktandum Wahl des Vize-Präsidenten kommen. Turnusgemäss ist die Ortschaft Arosa, respektive die Vertreter aus der Ortschaft Arosa an der Reihe, das Vizepräsidium des Parlaments zu besetzen. Ich bitte um Vorschläge. Marc?

Marc Gisler: Geschätzter Parlamentspräsident, geschätzte Bianca, geschätzte Parlamentarier, geschätzte Yvonne, geschätzter Vorstand. Wir von der FDP-Fraktion wollen als Vizepräsidenten des Gemeindeparlaments Pascal Jenny vorschlagen. Da muss ich, glaube ich, nicht vielmehr dazu sagen. Wir kennen ihn alle und er ist sicher ein sehr würdiger Kandidat. Ich bedanke mich für die Stimmen, die ihr ihm abgebt.

Christian Sprecher: Danke, Marc. Pascal Jenny wurde vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Wahl. Wer Pascal Jenny die Stimme als Parlaments-Vizepräsidenten für das kommende Jahr geben will, soll dies jetzt mit Handerheben bezeugen. Danke. Pascal, du bist zum Vizepräsidenten des Parlaments gewählt. Ich frage dich, nimmst du diese Wahl an?

Pascal Jenny: Ich nehme sie gerne an und unterstütze dich nach Kräften.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die einstimmige Wahl von Pascal Jenny zum 12. Gemeindeparlaments-Vizepräsidenten der Gemeinde Arosa für das Jahr 2024. Das Stimmenverhältnis beträgt 13:0, bei einem abwesenden Parlamentarier.
2. Protokollauszug an:
 - Gemeindeganzlei

Christian Sprecher: Als nächstes werden wir das Parlamentsbüro komplettieren. Vertreter aus dem Tal ist bis jetzt David Zippert. Ich weiss von keinem Rücktritt. Ich frage die Versammlung an, ob jemand einen Vorschlag macht? Bruno?

3 B3.1.6. Gemeindeparlament Konstituierung Gemeindeparlament;

Antrag:

Gemäss Art. 36 der Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament wählt das Gemeindeparlament zu Beginn jedes Jahres ein Gemeindeparlamentsbüro. Dieses besteht aus dem Gemeindeparlamentspräsidenten und dem Gemeindeparlaments-Vizepräsidenten sowie aus zwei Mitgliedern des Gemeindeparlaments. Diese amten gleichzeitig als Stimmzähler.

Wahlvorschlag:

Bruno Preisig: Ich würde für ein weiteres Jahr nochmals David Zippert vorschlagen. Wir hatten rege Diskussionen im Tal draussen und uns dann entschieden, David nochmals zu bestätigen.

Christian Sprecher: Danke für den Vorschlag Bruno. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier zur Wahl. Wer David Zippert als Mitglied des Parlamentsbüros aus dem Tal die Stimme geben kann, soll dies nun mit Handerheben bezeugen. Danke. David, auch an dich die Frage. Du bist gerade für ein weiteres Jahr ins Parlamentsbüro gewählt worden. Nimmst du diese Wahl an?

David Zippert: Ich nehme diese Wahl gerne an und werde weiterhin so gut helfen wie ich kann, danke.

Christian Sprecher: Da Bianca Markwalder als scheidende Parlamentspräsidentin auch aus dem Parlamentsbüro ausscheidet, braucht es einen Ersatz, einen Ersatz aus der Ortschaft Arosa. Wer macht einen Vorschlag? Bianca, bitte.

Bianca Markwalder: Geschätzte Anwesende, gerne möchte ich euch für das Parlamentsbüro, für den Sitz aus Arosa, Ludwig Waidacher vorschlagen. Ihr kennt Ludwig Waidacher alle, er hat wohl auch am meisten politische Erfahrung von uns allen und er war, wie ich heute erfahren habe, der erste Parlamentspräsident von Arosa überhaupt. Er ist, denke ich, sicher eine gute Wahl und ich würde euch bitten, Ludwig die Stimme zu geben.

Christian Sprecher: Danke Bianca. Ludwig Waidacher ist vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Wahl. Wer Ludwig Waidacher als Mitglied des Parlamentsbüros aus der Ortschaft Arosa für das kommende Parlamentsjahr die Stimme geben kann, soll dies jetzt mit Handerheben bezeugen. Danke. Ludwig, auch an dich die Frage, du bist gewählt worden als Mitglied des Parlamentsbüros. Nimmst du diese Wahl an?

Ludwig Waidacher: Ja, vielen Dank für das Vertrauen. Ich versuche mein Bestes, merci.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die Wahl von David Zippert als Mitglied des Gemeindeparlamentsbüros für das Jahr 2024. Er amtet im Jahr 2024 gleichzeitig als Stimmzähler des Gemeindeparlaments. Das Stimmenverhältnis beträgt 13:0, bei einem abwesenden Parlamentarier.
2. Die Wahl von Ludwig Waidacher als Mitglied des Gemeindeparlamentsbüros für das Jahr 2024. Er amtet im Jahr 2024 gleichzeitig als Stimmzähler des Gemeindeparlaments. Das Stimmverhältnis beträgt 13:0, bei einem abwesenden Parlamentarier.
3. Protokollauszug an:
 - Gemeindkanzlei

Christian Sprecher: Vielen Dank. Dann bitte ich jetzt Ludwig und Pascal die entsprechenden Plätze einzunehmen. Gut, dann gratuliere ich allen Gewählten recht herzlich zur Wahl. Ich bedanke mich bei euch für die Bereitschaft ein zusätzliches Amt zu übernehmen und einen zusätzlichen Beitrag an den Parlamentsbetrieb zu leisten. Wenn wir jetzt komplett sind, können wir weiterfahren auf der Traktandenliste. Wir kommen zum Traktandum Wahl des Aktuars des Gemeindeparlaments.

4 B3.1.6. Gemeindeparlament Wahl des Aktuariats des Gemeindeparlaments

Antrag:

Gemäss Art. 49 der Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament der Gemeinde Arosa wird das Aktuarat des Gemeindeparlaments durch das Gemeindeparlament gewählt.

Wahlvorschlag:

Christian Sprecher: Da es den langjährigen Parlamentsschreiber Michael Meli ins Unterland weitergezogen hat und damit auch die Stelle bei der Gemeinde Arosa frei wurde, brauchen wir einen Ersatz für dieses Amt. Ich übergebe das Wort Jan Diener.

Jan Diener: Geschätzter Parlamentspräsident, geschätzte Mitglieder des Parlaments, geschätzter Gemeindevorstand, geschätzte Anwesende. Christian Sprecher hat es gesagt, Michael Meli ist Ende Jahr 2023 aus der Gemeindeverwaltung im Tal ausgeschieden und damit auch als Aktuar des Gemeindeparlaments. Wir haben dann die Ausschreibung gemacht, eine Person gesucht und haben dann mit David Orlik zu meiner Rechten, der bereits im Einsatz ist, einen sehr guten Nachfolger für Michael Meli gefunden. Er ist auch schon tätig als Abteilungsleiter im Bereich Ressort Soziales und Energie und er wurde vom Gemeindevorstand auch als Gemeinbeschreiber-Stellvertreter gewählt. Er übt die Funktion als Gemeinbeschreiber-Stellvertreter seit dem 1. Januar aus, schafft sich ein und macht das sehr gut. Ich möchte David die Möglichkeit geben, sich euch selber kurz vorzustellen.

David Orlik: Danke Jan. Wie gesagt, mein Name ist David Orlik. Geschätzte Anwesende habe ich vergessen zu sagen. Ich bin noch nicht so vertraut mit diesen Abläufen, Entschuldigung. Ich bin 34 Jahre alt. Die erste Frage ist meistens, ob ich mit den Schwingern verwandt sei. Das ist der Fall, ja. Das sind meine Cousins. Wie man sieht, bin ich selber kein Schwinger. Ich bin zwar auch nicht schwach, aber Schwinger sind schon ein anderes Kaliber. Ich bin verheiratet und habe seit dem letzten Valentinstag 2 Kinder. Der Sohn ist gut zweijährig und jetzt haben wir noch eine Tochter bekommen. Wir wohnen in Calfreisen. Ich arbeite seit 2018 bei Forst Arosa. Ich habe einen etwas speziellen Werdegang, sage ich jetzt mal. Ich habe die Matura gemacht in Chur, habe dann das Militär als Durchdiener absolviert und bin auf Umwegen bei den Rechtswissenschaften gelandet. Ich habe an der Universität Zürich das Assessment abgeschlossen, hatte aber das Gefühl, dass das nicht ganz das Richtige für mich ist. Ich habe mich dann entschieden, eine Lehre als Forstwart zu machen, mit dem Ziel danach die Försterschule zu absolvieren. Da ich immer vorhatte, in die Berge zurückzukommen, habe ich nach der Lehre in Zürich, als Forstwart zu Forst Arosa gewechselt. Dort habe

ich die Möglichkeit erhalten, den ersten berufsbegleitenden Försterlehrgang in Maienfeld zu besuchen. Diesen habe ich im Oktober abgeschlossen und eigentlich eine Stelle als Förster gesucht. Wie das Schicksal manchmal so spielt, kam die Gemeinde mit der Frage auf mich zu, ob ich mir vorstellen könnte, als stellvertretender Gemeindegeschreiber und Ressortleiter Soziales und Energie zu arbeiten. Ich hatte die Gelegenheit für ein zweiwöchiges Schnupperpraktikum vor Weihnachten und kam zum Schluss, dass das eigentlich recht gut passt. Ich habe mich übrigens auch nicht für die freiwerdende Försterstelle beworben. Ich habe nicht vor, gleich wieder abzuspringen. Danke dass ich hier sein darf. Für allfällige Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Jan Diener: Vielen Dank, David. Ihr habt es gehört und aus diesen Gründen schlagen wir euch David Orlik zur Wahl als Aktuar des Gemeindeparlaments vor. Wenn keine Fragen an David kommen, übergebe ich gerne das Wort wieder an Christian Sprecher.

Christian Sprecher: Danke Jan, danke David. Laut der Geschäftsordnung des Parlaments, Artikel 49, ist das Parlament zuständig für die Wahl des Aktuars des Parlaments. Wir nehmen diese Wahl vor.

Wer David Orlik die Stimme als zukünftiger Aktuar des Parlaments geben kann, soll dies nun mit Handerheben bezeugen. Ich gratuliere dir David, zu dieser Wahl.

David Orlik: Vielen Dank fürs Vertrauen.

Christian Sprecher: Ich hoffe, du hast ein wenig Freude an dieser Aufgabe, auch wenn es nicht immer so einfach ist, alles was wir hier debattieren einigermaßen so zu büscheln, dass man es auch begreift, wenn man es liest. Aber ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir und dass Calfreisen hier vorne dieses Jahr so gut vertreten ist. Das wird wohl nicht mehr so schnell der Fall sein.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die Wahl von David Orlik als Aktuar des Gemeindeparlaments der Gemeinde Arosa. Das Stimmenverhältnis beträgt 13:0, bei einem abwesenden Parlamentarier.
2. Protokollauszug an:
 - Gemeindegeschreiber

Christian Sprecher: Dann war es das. Wir kommen zum nächsten Traktandum.

5 T1.C. Vorschriften, Gesetze, Reglemente
Teilrevision des Gesetzes über die Erhebung einer
Beherbergungsabgabe und einer
Tourismusförderungsabgabe; Genehmigung Botschaft und
Verabschiedung zu Händen des Parlaments

Antrag:

Christian Sprecher: Auf der Traktandenliste ist die Teilrevision des Tourismusgesetzes Nachtrag I Änderung Art. 3 Abs. 3.

Wir haben mit der Einladung zur Versammlung die Botschaft des Gemeindevorstands mit dem Antrag bekommen. Der Antrag ist kurz und bündig. Ich lese ihn kurz vor. Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments, der Gemeindevorstand beantragt Ihnen, dem vorliegenden Nachtrag I zum Gesetz über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe und einer Tourismusförderungsabgabe in der Gemeinde Arosa zuzustimmen.

Eintreten:

Christian Sprecher: Das Traktandum unterliegt einer Eintrittsdebatte. Wünscht jemand das Wort zum Eintreten? Reto?

Reto Thomas Ruoss: Ja, verehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte mich zum Eintreten äussern und kann es gleich am Anfang sagen, ich stelle den Antrag auf Nichteintreten. Die Begründung ist wie folgt: An der letzten Budgetsitzung hat das Parlament gegen den Willen des Gemeindevorstands eine weitere Beteiligung der Gemeinde am Aktienkapital der Sportbahnen Hochwang von CHF 160'000.- beschlossen. Zusätzlich zur bestehenden Beteiligung von CHF 50'000.-. In diesem Zusammenhang ist auch im Parlament vertreten worden, dies sei als Kompensation für die laufenden Beiträge, welche dann eben nicht mehr geleistet werden müssten. Die Stimmung bezüglich Hochwang ist kritisch gewesen. Mit der heutigen Vorlage sollen jetzt auf anderem Weg weitere Steuermittel für den Hochwang freigemacht werden. Es sind Steuermittel, denn Beherbergungsabgaben und Tourismusförderungsabgaben sind Steuern. Als sogenannte Kostenanlastungssteuern gehören sie zu den Sondersteuern, die nur für bestimmte Personen erhoben werden. Ein bestimmter Personenkreis bezahlt die Kosten, die in seinem Interesse anfallen. Damit diese Steuer überhaupt zulässig ist, muss der Kreis der Abgabepflichtigen mit dem Kreis der interessierten Personen übereinstimmen.

Beim aktuellen Satz von 30 % bringen die Beherbergungsabgaben und Tourismusförderungsabgaben der Beherberger im gesamten Tal einen Beitrag von jährlich CHF 276'000.-. Wird dies auf 60 % erhöht, beläuft sich der Mehrbetrag ebenfalls auf CHF 276'000.-. Davon sollen CHF 150'000.- für den Betrieb der Sportbahnen Hochwang verwendet werden. Wofür die überstehenden Steuereinnahmen im Tal eingesetzt werden ist heute nicht bekannt. Man muss dafür aus meiner Sicht zuerst offenbar eine Verwendung finden.

Die Sportbahnen Hochwang sind ein als Aktiengesellschaft organisiertes privates Unternehmen, auch wenn eine grössere Zahl von Personen – offenbar haben sich 240 Personen an der Aufbringung des erhöhten Aktienkapitals beteiligt – daran interessiert

ist. Wenn diesem Unternehmen Steuern zugeführt werden, wird es aus öffentlichen Mitteln subventioniert. Die Subventionierung von privaten Unternehmen mit Steuergeldern sollte aber nur zurückhaltend und nur dort vorgenommen werden, wo das Unternehmen im öffentlichen Interesse tätig ist. Das ist für einen relativ kleinen Radius der Standort-Ortschaften St. Peter-Pagig, Molinis und Peist noch anzunehmen, für die weiter entfernten Ortschaften Calfreisen, Castiel, Langwies, Litzirüti und selbstredend auch für die Ortschaft Arosa ist das öffentliche Interesse kaum mehr ersichtlich. Mit dem Ziel, für die Sportbahnen Hochwang Mittel zu beschaffen, gleichzeitig die Abgaben für die nicht gleichermassen profitierenden Einwohnerinnen und Einwohner der weiter entfernten Talortschaften ebenfalls zu erhöhen, ist sowohl rechtlich als auch und vor allem politisch heikel. Das Tourismusgesetz 2020 ist mit einer äusserst knappen Mehrheit angenommen worden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Tals konnten für eine Zustimmung nur gewonnen werden, indem man die Abgaben auf 30 % der Höhe von Arosa festgelegt hat. Im Vertrauen auf diese Regelung hat das Tal zugestimmt. Es ist klar, dass die aktuelle Vorlage an der Urne der Ortschaft Arosa, mit oder ohne die direkt interessierten Ortschaften, angenommen werden kann. Das wäre aber aus meiner Sicht ein Vertrauensmissbrauch gegenüber den nicht von den Sportbahnen Hochwang profitierenden Ortschaften. Zudem wäre es aus meiner Sicht wenig demokratisch, da eine von einer neuen Abgabe überhaupt nicht betroffene Mehrheit – die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Arosa – dieser alleine betroffenen Minderheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Tal eine neue Steuer aufzwingt. Bereits diese Überlegungen sprechen dafür, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Dazu kommt aber noch folgendes: In Artikel 25 Absatz 3 des Tourismusgesetz wird festgehalten, ich zitiere: "Änderungen der Ansätze sind mindestens 12 Monate im Voraus im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde bekannt zu geben und per 1. Januar in Kraft zu setzen." Zwar ist diese Bestimmung nicht direkt einschlägig, da mit dieser Vorlage nicht die Ansätze gemäss Verordnung angepasst werden, aber die Begründung aus der Botschaft für die Regelung vom Tourismusgesetz 2020 stimmt noch immer und trifft auch auf die vorliegende Abgabenerhöhung zu. Ich zitiere aus dieser Botschaft: "Mit der rechtzeitigen Bekanntgabe soll gewährleistet werden, dass die Anbieter genügend Zeit haben, ihre Preise und Verkaufsunterlagen anzupassen."

Aufgrund der Ausführungen in der Botschaft zur heutigen Vorlage ist anzunehmen, dass diese Steuererhöhung kurz nach der Genehmigung durch die Regierung in Kraft gesetzt würde. Der genannte Ablauf wird dann daher nicht eingehalten. Warum er bei einer Anpassung des Gesetzes nicht eingehalten werden soll, ist aber nicht wirklich ersichtlich. Die Begründung stimmt aus meiner Sicht auch für diese Anpassung. Weiter wird die Annahme von diesem Entwurf zu einem Widerspruch im Tourismusgesetz führen. Die Vorlage berücksichtigt Artikel 20 Absatz 2 lit. a nicht, welche wie folgt lautet, ich zitiere: "Für Beherberger in der Tourismuszone B betragen die Ansätze 30 % der im Reglement zu diesem Gesetz festgelegten Ansätze."

Schliesslich ist noch darauf hinzuweisen, dass wir die Neufassung der Leistungsvereinbarung mit Arosa Tourismus nicht kennen. Mit der Botschaft für das Tourismusgesetz 2020 ist den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein Entwurf der Leistungsvereinbarung vorgelegt worden. Es wäre ebenfalls hilfreich gewesen, wenn das Parlament diesen Entwurf hätte zur Kenntnis nehmen können. Es stellt sich nämlich die Frage, ob da die Abstimmung mit Arosa Tourismus bereits im Detail erfolgt ist. Die einvernehmliche Anpassung der Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Arosa

Tourismus ist aber zwingend, da der Gemeindevorstand diese nicht einseitig anpassen kann. Sie ist fest bis am 31.05.2025 vereinbart und wenn sie nicht unbefristet weiterlaufen soll, so ist sie mit einer Frist von 12 Monaten per 30.04.2025 zu kündigen.

Die grundsätzlichen Bedenken gegen mehr Steuern auf Vorrat, die Mängel der Vorlage sowie die vorliegenden Fehlinformationen über die Verwendung der zusätzlichen Mittel führen damit zu einer Rückweisung der Vorlage an den Gemeindevorstand durch Nichteintreten. Besten Dank.

Christian Sprecher: Danke Reto, für deine Ausführungen. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Eintreten aufs Traktandum? Nein, das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag von Reto Ruoss zustimmen will, nicht auf das Traktandum Teilrevision des Tourismusgesetzes Nachtrag I Änderung Art. 3 Abs. 3 einzutreten, soll dies nun mit Handerheben bezeugen.

Reto Thomas Ruoss stellt den Antrag auf das Traktandum Teilrevision des Tourismusgesetzes Nachtrag I Änderung Art. 3 Abs. 3. nicht einzutreten.

Das Gemeindeparlament beschliesst zum gestellten Antrag von Reto Thomas Ruoss:

Der Antrag von Reto Thomas Ruoss wird abgelehnt. Das Stimmenverhältnis beträgt 1:12, bei einem abwesenden Parlamentarier.

Christian Sprecher: Danke. Damit haben wir Eintreten beschlossen. Ich gehe nicht näher auf das Traktandum ein. Ich gebe das Wort gerne an den Gemeindevorstand weiter. Ich denke Patric Iten wird Informationen dazu haben.

Sachverhalt:

Patric Iten: Ja, verehrter Parlamentspräsident, auch von meiner Seite her zuerst einmal herzliche Gratulation zu deiner Wahl. Geschätzte Bianca und geschätzte weitere Parlamentarier, vor gut einem Jahr hat der alte Verwaltungsrat der Sportbahnen Hochwang aufgrund von Liquiditätsmangel beschlossen, den Betrieb der Sportbahnen stillzulegen und die Aktien zu verkaufen. Nur dank weiteren finanziellen Einschüssen konnte der Konkurs verhindert werden. Schon bald hat sich dann eine Interessengruppe aus vorwiegend Einheimischen und Ferienhausbesitzern gebildet, die sich der Sportbahnen angenommen haben. Ihr Ziel war und ist immer noch, die Sportbahnen am Leben zu erhalten. Dies mit einer Aktienkapitalerhöhung und einem Antrag an die Gemeinde, die Tourismusabgabe zu erhöhen. Ich möchte noch kurz an das anschliessen, was Reto Ruoss gesagt hat, dass nur ein Teil des Tals von dieser Bergbahn profitiert, respektive diese Bergbahn braucht. Ich glaube, wir hatten auch einen Sportbus, der jeweils nach Langwies gefahren ist und auch raus bis Castiel, also von dort her sind eigentlich in meinen Augen die Sportbahnen Hochwang für das ganze Tal wichtig. Unter anderem ist auch ein Antrag zum Parlament an die Gemeinde gestellt und auch beschlossen worden, sich an der Aktienkapitalerhöhung mit CHF 160'000.- zu beteiligen und aus der IG, der Interessensgemeinschaft Sportbahnen Hochwang die bestehenden Beherbergungsabgaben und Tourismusförderungsabgaben für die Ortschaften Molinis, St. Peter-Pagig und Peist von jetzt 30 % auf neu 60 % der ordentlichen Abgaben zu erhöhen und der Mehrertrag von ca. CHF 150'000.- soll vollumfänglich den Sportbahnen zugutekommen.

Ich weiss nicht, wie man darauf gekommen ist, dass der Gemeindevorstand gegen diese CHF 160'000.- gewesen sei. Wir wurden grundsätzlich auch nicht gefragt. Das war ein Beschluss des Parlaments.

Der Gemeindevorstand hat über den Antrag dieser IG in seiner Sitzung vom 17. Januar debattiert, diskutiert und beschlossen, dass es keine weitere Tourismuszone geben, sondern dass die Erhöhung für alle Ortschaften im Tal gelten soll. Und auch dass die CHF 150'000.- nicht ins Gesetz geschrieben, sondern in die Leistungsvereinbarung mit Arosa Tourismus aufgenommen werden sollen. Der Gemeindevorstand ist der Meinung, dass alle Talortschaften von den Mehreinnahmen profitieren sollen, im Sinne einer Gleichstellung und auch Solidarität gegenüber dem Hochwang. Wir rechnen, dass es so circa CHF 300'000.- Mehreinnahmen für das Tal gibt und wenn davon maximal CHF 150'000.- an die Bergbahnen gehen, bleiben für die anderen Talortschaften rund CHF 150'000.- über welche die Talkommission Anträge an den Vorstand von Arosa Tourismus stellen kann. Dabei gibt es ganz klare Leitplanken für die Mittelverwendung. Grundsätzlich gilt, dass die Erträge aus der Tourismusabgabe zur Finanzierung von Ausgaben verwendet werden müssen, die im Interesse der Steuerpflichtigen liegen. Sie dürfen nicht zur Finanzierung traditioneller Gemeindeaufgaben verwendet werden. Dabei gilt die Leistungsvereinbarung gemäss dem Tourismusgesetz Artikel 33. Es liegt grundsätzlich in euren Händen, wie die Sportbahnen weiterlaufen sollen, wie ihr die Sportbahnen unterstützen und ihnen ein Fortbestehen gewähren wollt.

Ich glaube persönlich, dass die Sportbahnen für die Talortschaften von zuunterst bis zuoberst ein wichtiger Player sind und für den Tourismus einen Mehrwert generieren. Ich hoffe, dass ihr dem Antrag der Gemeinde zustimmt, dass die Tourismusabgaben für alle Talortschaften auf 60 % erhöht werden sollen.

Ich möchte jetzt aber noch kurz dem neuen Verwaltungsratspräsidenten der Sportbahnen Hochwang, Peter Beeli, das Wort geben. Ihr alle kennt Peter Beeli, er ist ehemaliger Gemeindevorstand und möchte euch noch zwei, drei Sachen sagen.

Erwägungen / Detailberatung:

Peter Beeli: Geschätzte Anwesende, es freut mich, dass ich hier die Gelegenheit erhalte, ein paar Worte an euch zu richten. Es ist jetzt etwa 8 Jahre her, dass ich regelmässiger vor diesem Gremium hier etwas ausführen durfte. Ich benutze gerne die Gelegenheit und wir sind ja die Verursacher dieses Traktandums, die Verursacher, weshalb eine Tourismusgesetzesanpassung nötig sein soll.

Ich weiss nicht wie euer Informationsstand über das Projekt Neustart Hochwang ist. Es läuft ja seit letztem Herbst und ich erlaube mir, euch upzudaten. Also wer sind wir, die Projektgruppe Neustart Hochwang, die am Anfang gestartet wurde? Es ist eingangs gesagt worden, es ist eine ganze Reihe, es sind Einheimische, es sind Zweitheimische, ein Teil sitzt heute auch im Saal, in verschiedenen Funktionen. Es ist recht breit abgestützt, wie wir hier gestartet sind. Man hat einmal zurückgeschaut, vor allem auf die letzten Jahre der Sportbahnen Hochwang, wie das wirtschaftlich ausgesehen hat und wir sehen 2017-2019 hat es immer besser ausgesehen, man hat immer weniger Verlust gemacht, aber es war immer ein gewisser Verlust, ein Defizit, da. 2020-2022 waren die Coronawinter und 2023 war Skibetrieb vom 15. Januar bis, ich glaube, am 8. Februar. Und das hat ein recht grosses Loch gerissen, ein guter Teil auch aus der

Gastronomie. Wenn man das so anschaut, über die vielen Jahre, im Herbst dürfen wir das 40-jährige Jubiläum feiern, sofern wir wieder starten.

Über den Daumen gesagt, hat man jetzt immer Verkehrseinnahmen von knapp CHF 700'000.- gehabt und Kosten von rund einer Million. Das ist so die Grössenordnung. Wenn man geschaut hat, was in den letzten Jahren eigentlich so beigesteuert worden ist, ist da auch ein Beitrag der Gemeinde Arosa. In den letzten Jahren hat diese grosszügigerweise einen Betriebsbeitrag gesprochen von jährlich CHF 100'000.- weil eben, wenn man die Wichtigkeit gesehen hat vom Tal, wie wichtig das dort in St. Peter ist. Die Gemeinde hat sicher auch ein Eigeninteresse. Man hat eine Hochwanghütte, die der Gemeinde gehört. Ohne Sportbahnen, ja das sieht man diesen Winter, wird der Zins viel kleiner sein. Das Pagigerstübli gehört ebenfalls der Gemeinde. Auch das wird ohne Sportbahnen wesentlich schlechter aussehen. Dann ist der ganze Bofel etc., die 40-50 Häuschen dort, welche alle im Schnitt CHF 1 Mio. wert sind und Liegenschaftssteuern für die Gemeinde generieren und so weiter und so fort. Also die Gemeinde hat sicher auch ein Interesse, dass dort im Mittelschanfigg diese Bahnen weiterlaufen können. Hier steht CHF 126'000.- CHF 26'000.- war der Beitrag an den Sportbus und dort hat man noch CHF 54'000.- vom Kanton erhalten. Wenn man den Sportbus an den öffentlichen Fahrplan anpasst etc., wird der Bus fast finanziert.

Aber wir haben ein strukturelles Defizit von CHF 150'000.-, CHF 180'000.- weil man zu wenige Tagesgäste hat. Dann hat es jenste Studien gegeben, wie man das beheben könnte. Gewisse Gruppen haben dann einen dreistufigen Plan gehabt, man sieht es ganz links, kurzfristig, 2023/2024 haben wir uns Projektgruppe Neustart genannt. Das erste, das man unbedingt verhindern wollte, war die Insolvenz. Denn wenn diese Bahn Konkurs gehen würde, würde sehr wahrscheinlich dort nie wieder ein Skilift existieren. Um das mit sämtlichen Durchleitungsrechten, Konzessionen etc. in der heutigen Zeit neu zu starten ist fast unmöglich. Das zweite Ziel war, den Saisonstart 2024/2025 unbedingt zu sichern und das dritte Ziel war die Finanzierung für etwa 5 Jahre zu sichern. Es ist ja immer die Frage, was danach kommt, oder eben mittelfristig in der Mitte seht ihr, schlanken Bahnbetrieb sichern, Zukunft planen. Es gibt sicher betriebliche Optimierungen, da gehen wir jetzt dann dahinter. Gastronomie, dass wir dort weniger Risiko haben. Marketingmässig, im 2026 steht die Konzessionsverlängerung an. Das sollte eigentlich kein Problem sein und parallel wird die Zukunft geplant, langfristige Visionen und Strategien. Man sieht da rechts mögliche Sachen. Eine Krankheit, die das Gebiet schon seit jeher hat, sind zu wenige Gästebetten. Es gab schon jenste Resort-Ideen oder ähnliches. Man hat unter der Woche keine Grundauslastung mit Tagesgästen. Wir hätten natürlich auch gerne Destinationsgäste, wie Arosa, welche drei oder vier Nächte bleiben.

Sommerangebot ist ein Thema. Etwas, das sogar ganz konkret geprüft wird, nicht von uns, von einer anderen Gruppe, ist die mögliche Beschneidung. Man muss einfach das Weihnachtsgeschäft sichern können, sonst ist das halbe Geschäft dahin. Verzicht Wintersport, oder weiter wie bisher, wurden auch thematisiert. Aber eigentlich sind wir jetzt links, wir sind sehr gut unterwegs und zielen darauf ab, 5 Jahre den Betrieb aufrechtzuerhalten und in diesen Jahren hat man Zeit, langfristig etwas zu machen. Beschneidung, irgendwann wird auch Bahnersatz etc. ein Thema sein. Wir haben 3 Stossrichtungen gemacht: das ganze Kapital auf breiten Schultern verteilen, Fokus auf das Kerngeschäft und eben das bekannte strukturelle Defizit decken. Bisher ist die Aktionärsstruktur so gewesen auf der linken Seite. Man sieht die Sportbahnen Hochwang AG mit, ich sage jetzt einmal einfach rund 1000 Aktionären, und man hat in

der Vergangenheit jenste Aktienkapital-Aufstockungen gemacht, wo fast jeder Haushalt eine 50er- oder 100er-Note gesponsort hat. Man sieht dort auch, man hat drei grössere Aktionäre, die Ankeraktionäre, und die Gemeinde hatte ungefähr einen Anteil von 20 %. Früher war es die Gemeinde St. Peter-Pagig, nachher die Gemeinde Arosa. Jetzt sieht es in etwa so aus, auf der rechten Seite die neue Aktionärsstruktur mit der IGH, wir haben eine IG Hochwang gegründet. Das ist eigentlich ein Verein, nach dem Gemeindegesetz ist es ein Verein, den wir gegründet haben. Wir haben auch für die berühmten CHF 100.- Aktien von den Ankeraktionären abgekauft. Das hat letzte Woche stattgefunden und in der IGH sind rund 200, Reto Ruoss hat es gesagt, etwa 200 Spender, die zwischen CHF 50.- und CHF 9'999.- gespendet haben. Diese Spender sammeln wir in der IGH und die anderen, alle die CHF 10'000.- oder mehr spenden, sind Direktaktionäre. Das sind etwa 40 Personen und die Gemeinde Arosa mit den angesprochenen CHF 160'000.- und den bisherigen Beiträgen hält die Gemeinde Arosa ca. 20-21 % Aktienanteil. Im Moment ist das Aktienkapital neu bei CHF 1.5 Mio., 40 % IGH, 40 % Direktaktionäre, und rund 20 % Gemeinde. Ich meine, das ist eine gesunde Aktionärsstruktur. Fokus auf das Kerngeschäft. Eben, wir sind ein Personentransport, das fängt beim Sportbus an, Sesselbahn, Skilift, Pisten, Winterwanderwege. Dieses Angebot wollen wir aufrechterhalten oder steigern. Wir sind an betrieblichen Optimierungen dran, Preispolitik und auch schlanke Organisation. Mit der Gastronomie haben wir am liebsten nichts zu tun. Darum suchen wir einen Pächter fürs Bergrestaurant Triemel, wir wollen es verpachten, damit es weniger Risiko hat. Die Gastronomie ist so schlecht gelaufen in den letzten Jahren und hat ein grosses Loch in die Kasse gerissen. Es gibt andere Gebiete, welche mit Gastronomie sehr viel Geld verdienen. Die Bergbahnen Davos machen, glaube ich, mit Gastronomie und Hotellerie rund 40 % und nur noch 60 % mit den Bahnen. Ich habe gesagt, eine KuhBar Arosa würde ich auch gerne in unserem Portfolio haben. Engagierte Köpfe, ein gutes Leitungsteam, wir suchen gerade Leute, einen Geschäftsführer. Auf der technischen Seite sind wir recht gut aufgestellt.

Kommen wir zum Traktandum von heute, das strukturelle Defizit zu decken. Wir haben verschiedenste Optionen geprüft. Man hat Immobilienfonds, Werterhaltungsfonds der Immobilien etc. geprüft und ist dann auf die Möglichkeit mit den Tourismuszonen bzw. der Taxenanpassung gekommen. Tschierschen hat ein Tourismusgesetz eingeführt, gemäss dem einfach ein fixer Betrag an die Bahnen übergeben wird. Auch andere Gebiete haben so etwas gemacht. Wir sehen auf der linken Seite Stand jetzt: Ortschaft Arosa 100 % und das ganze Tal 30 %. Und wir haben jenste Szenarien durchgespielt von St. Peter, Fatsché oder der blaue Bereich auf 70 %, auf 50 % und und und. Schlussendlich sind wir dann auf diese Lösung gekommen, auf die blaue: 60 % auf die mittleren Ortschaften. Wir fanden, das sind die direktesten Nutzer der Sportbahnen. Man hat vorher auch gesagt, Castiel hatte auch schon einen Bus und Langwies auch. Molinis hat aber eine fixe Busanbindung, St. Peter ist mittendrin mit Bofel und Fatsché. Peist hat eine Talabfahrt, eine Schlittelbahn und den Sportbus und Pagig hat ebenfalls eine Schlittelbahn, einen Wanderweg und den Sportbus. Also jene im blauen Bereich, die profitieren sicher. So haben wir auch gefunden, dass man dort die Beherbergungsabgaben erhöhen kann. Das trifft natürlich vorwiegend die Zweitheimischen aber wenn wir jetzt schauen, wer uns jetzt bei der Sammelaktion Geld gegeben hat, sind es genau jene. Sie sind bereit, nochmals zu zahlen, auch wenn sie nicht mitstimmen können. Sie sind jetzt auch bei den grösseren Geldgebern dabei. Darum sind wir dann auf diese Lösung gekommen, da der Perimeter für uns eine

gewisse Logik hat und die Finanzen etwa die CHF 150'000.- hergäben, welche wir uns wünschen.

Darum haben wir dann damals diesen Vorschlag in Form eines Antrags an die Gemeinde gestellt, um diese neue Tourismuszone mit 60 % in den genannten vier Ortschaften einzuführen. Das andere entspricht dem heutigen Antrag des Gemeindevorstands. Es ist nur der Perimeter der davon abweicht.

Wir hatten da noch Rundmailverkehr, da wir unterwegs gewesen sind. Wenn man schaut, das rote oben, Zusagen von mindestens CHF 300'000.-. Da war wohl auch die Gemeinde nicht ganz unschuldig, da diese Druck aufgesetzt und gesagt hat, sie hätte letztes Jahr mit unzähligen Idealisten und Fantasten zu tun gehabt. Man brauche ein paar Köpfe und man soll Geld sammeln und schauen, ob überhaupt ein Bedürfnis da ist. Und dann haben wir das zweigleisig bzw. zweistufig gemacht. Wir haben gesagt, wir sammeln bis Weihnachten CHF 300'000.- und wenn wir das nicht hinkriegen, dann hat es keine Daseinsberechtigung und die Übung wird abgebrochen.

Wenn das gelingen sollte, machen wir weiter. Dann hat man unten im Roten gesehen: Aktienkapitalerhöhung bis auf CHF 800'000.- bis am 30. April. Zuerst eben die Vorbereitung mit Leute suchen, Verwaltungsrat etc., das ist der blaue Bereich. Das Orange ist eben die Umsetzung der Tourismustaxe. Dort haben wir gewusst, wir können das beantragen, aber nachher läuft dieser Zug ohne uns. Ich bin jetzt froh, habe ich heute die Gelegenheit mich hier zu äussern. Damit haben wir eigentlich nicht gerechnet. Danke vielmals. Dann wären hier noch die wichtigsten Meilensteine. Ihr habt diese vorher auf der Roadmap gesehen. Bis am 31. Dezember: Zusicherung von CHF 300'000.-. Das hatten wir Mitte November schon zusammen. Das Detailkonzept haben wir ausgearbeitet, das zukünftige Führungsteam, den Verwaltungsrat zusammenstellen mit 4 bis 5 Personen. Das waren für uns Muss-Kriterien. Darum haben wir gesagt, wenn wir das bis am 31. Dezember nicht erreichen, wird die Übung abgebrochen. Da wir dies erreichten, haben wir weitergemacht. Vorgesehen war, im Januar der Gemeinde den Antrag einzugeben. Da wir dort schneller unterwegs waren, haben wir diesen vor Weihnachten eingereicht und eben wie gehört, hat die Gemeinde ihn am 17. Januar zum Glück schon behandelt. Da waren wir dankbar. Weiter bis am 30. April war das Ziel Zusicherungen bis CHF 800'000.-, das war Ende Februar bereits erreicht. Darum haben wir jetzt eigentlich weitergemacht. Letzte Woche haben wir jetzt die Aktien übernommen. Es ist auch der neue Verwaltungsrat gewählt worden und die Rechnungen wurden an die Unterzeichnenden der Absichtserklärungen versendet. Bei der IG Hochwang wurden bis heute bereits CHF 100'000.- einbezahlt. Am Freitag haben wir die Rechnungen verschickt, also das Geld kommt recht gut. Die Aktionäre haben auch schon recht viel gezeichnet. Wir haben das Ziel bis am 20. April die Aktienkapitalerhöhung von CHF 1 Million neuem Geld abzuschliessen.

Und das haben wir eben auch erreicht, da sind wir bereits weiter. Hier stand 8. Mai, es war aber eigentlich bereits am 14. März soweit. Übernahme des neuen Verwaltungsrats Saisonvorbereitung, Geschäftsführer suchen, die Inserate sind geschaltet. BAV-Auflagen und Instandhaltungsarbeiten sind vielleicht auch noch wichtig. Wir hatten letzte Woche mit dem Bundesamt für Verkehr ein Audit bzw. ein Management-Gespräch, welches vor einem Audit stattfindet. Die Bahn wurde ja letztes Jahr im Januar auditiert, also es geht nur um die Sesselbahn, welche der Bund betrachtet. Letzten Dienstag hat dieses Gespräch stattgefunden. Das ist relativ gut. Grundsätzlich muss man für die Masten-Fundamente die Nutzungsdauer feststellen, weil zum Teil keine

Pläne vorhanden sind. Das wird von einem Ingenieurbüro durchgeführt. Ausserdem ist bei der Bergstation vom Sessellift der Ein- und Austritt für Fussgänger nicht mehr normenkonform. Da müssen baulich kleine Anpassungen gemacht werden. Das sind 2 Punkte, welche beim Audit beanstandet wurden, aber sonst sind diese Bahnen dem Alter entsprechend in einem guten Zustand und das Risiko überschaubar. Die Umsetzung der Erhöhung der Tourismustaxen und die Anpassung der Leistungsvereinbarung liegen in euren Händen da können wir nicht mehr viel dazu beitragen. Der Saisonstart ist auf den 21. Dezember 2024 geplant, liegt wieder in unseren Händen und wird, Stand jetzt, auch stattfinden.

Man sieht hier, wer seit letzter Woche die neuen Verwaltungsräte sind. Patric Iten ist der einzige bisherige. Dann ist der zweite Rico Frischknecht. Er stammt aus Chur und hat schon seit Generationen ein Haus in Fatsché. Neben meiner Wenigkeit steht Karin Manser. Sie hat vor ein paar Jahren auch ein Haus gebaut in Fatsché, das sind regelmässige Stammgäste. Svein Andresen hat ebenfalls in Fatsché ein Haus und ist altershalber sehr viel dort. Rechts ist Alex Studer aus Maienfeld. Er arbeitet bei der Integra Biosciences im Kader und er hat oben in Calmiez auf halber Höhe ein Haus gekauft. Das sind sehr engagierte Zweitheimische. Das ist der Verwaltungsrat seit letzter Woche, der jetzt die Finanzen hütet. Merci vielmals.

Christian Sprecher: Ja danke, Peter, für die sehr informativen und interessanten Ausführungen. Gibt es Fragen an Peter, solange er noch hier vorne steht? Ja, Markus?

Markus Lüscher: Geschätzter Präsident, geschätzte Parlamentskollegen, geschätzter Vorstand, ich habe eine Frage. Es wurde alles ziemlich winterlastig hier dokumentiert. Ist das Thema Sommertourismus auch in eurer Strategie oder wie seht ihr dort für die gesamte Region oder das ganze Gebiet Hochwang, dass man hier vielleicht auch nachhaltiger unterwegs ist, als jetzt nur auf die eine Karte Wintertourismus zu setzen?

Peter Beeli: Danke Markus. Ja, Sommertourismus war auch als mögliches Entwicklungsfeld drauf. Also wir haben im Sommer den Bogenpark, Pfeilbogenpark. Er hat eine sehr gute Resonanz und ist auch weitherum der einzige. Wir haben schon mehrere Partner-Bogenparks, das ist sehr gut. Wir wollen sicher auch den Sommertourismus steigern und auch die Gastronomie soll im Sommer auf sein. Bahnbetrieb im Sommer liegt sehr wahrscheinlich nicht drin. Chur macht es sehr gut mit Bikes in Brambrüesch, aber es gibt meines Wissens keine Bahn, die im Sommer rentiert. Ein Sommerangebot in der Destination Hochwang ist in unserem Interesse, das will man auch steigern. Wir haben das probiert gehabt, mit Sesselbahnbetrieb im Sommer, dann kam Shuttlebusbetrieb. Bahnbetrieb eher nein. Ist diese Frage beantwortet?

Markus Lüscher: Ja, danke.

Christian Sprecher: Danke. Weitere Fragen? Marc?

Marc Gisler: Geschätzter Peter, danke vielmals für diese Ausführungen, es war sehr interessant. Ich muss dir recht geben. Lasst diese Bahnen ja nicht an im Sommer, weil es eine Sesselbahn ist. Das ist schwierig. Wenn ihr rundherum etwas macht, finde ich das gut, aber mit den Bahnen ist das schwierig. Die Unterhaltskosten sind einfach viel zu hoch. Meine Frage betrifft die Zehnjahresinvestitionen. Wir haben das in diesem Gremium auch schon diskutiert. Zehnjahresplanung, Zehnjahresinvestitionen, was steht da an? Du hast ja vorhin gesagt, die Bahn sei im Schuss vom BAV her. Wann ist die

Steuerung zu machen, bei der Sesselbahn zum Beispiel? Wie sieht es mit den Pistenmaschinen aus? Halt die grösseren Sachen. Die zweite Frage ist noch die Beschneigung, wie weit sind da die Abklärungen? Dürft ihr dort überhaupt Beschneigung bauen?

Peter Beeli: Ja, danke. Ich beginne gerade hinten. Beschneigung ist ein Thema. Ganz konkret kann man sagen, es gibt einen Investor der Interesse hat, möglicherweise am Hochwang zu investieren. Er hat letztes Jahr schon Peter Engler, eine bekannte Grösse der Bergbahnbranche, beauftragt, ein Beschneigungskonzept zu prüfen. Er war einst beinahe Landammann von Davos, jetzt ist er CEO ad interim in Splügen und ich glaube in Brambrüesch hilft er auch noch. Er ist daran ein Beschneigungskonzept zu prüfen, mit Machbarkeit, Speichersee, Leitungen etc. Man weiss um das Flachmoor, die Landschaftsschutzzone. Viele sagen, das geht nicht, aber man kann nicht einfach sagen, das geht nicht. Man muss es prüfen, dann sieht man, was geht.

Aber Beschneigung ist ganz sicher ein Thema, das aber unsere Möglichkeiten im Moment übersteigen würde. Aber wenn eine Beschneigung möglich ist, wird das auch von ihm finanziert werden. Pistenbully ist auch so ein Thema. Die sind am Ende ihres Lebens. Wir haben sie jetzt noch ein Jahr, aber dort sind sicher Investitionen notwendig. Ob wir diese in Zukunft leasen, mieten oder allenfalls die Arosler Maschinen noch 2-3 Jahre länger brauchen, welche sie ausmerzen etc., das ist alles eine Frage von Abklärungen. Die Bahnen wollen wir sicher noch 5 Jahre betreiben. Wenn das mit der Beschneigung eine Möglichkeit ist, geht wieder ein Türchen auf. So dass es mittelfristig zwei neue Bahnanlagen brauchen und geben wird. Das wäre dann wieder fremdfinanziert, ist im Moment aber noch sehr ungewiss. Aber unser Modell zielt jetzt auf 5 Jahre ab um zu sichern. Und mit diesen 5 Jahren hoffen wir die Langfristigkeit aufgleisen zu können. Garantieren kann man nichts. Wir haben gesagt, wir setzen alles daran um wieder starten zu können und 5 Jahre zu überleben. Ich behaupte heute, dass wir das können und dann haben wir Zeit um langfristig etwas anderes zu machen.

Christian Sprecher: Weitere Fragen? Ludwig?

Ludwig Waidacher: Merci Peter, es war sehr informativ. Wir sind da ein bisschen besser informiert, als wir das vorher gewesen sind. Wir haben es ja an der letzten Parlamentssitzung im November diskutiert, als Werner Jäger mit dem Antrag gekommen ist, allenfalls Geld für die Aktienkapitalerhöhung ins Budget zu nehmen. Das haben wir dann auch gemacht. Was wir, glaube ich, noch nicht fertig ausdiskutiert haben, ist eben der jährliche Beitrag von CHF 100'000.- und noch ein paar Franken für den Sportbus. Ich glaube, so wie ich gesagt habe, meine Meinung war damals, man gibt einmal diese CHF 160'000.- für die Aktienbeiträge, aber quasi die jährlichen Beiträge von diesen CHF 100'000.- habe ich dort nicht gesehen gehabt. Ich glaube da müsst ihr auch ein wenig ein sportliches Ziel haben, um dort ein bisschen besser zu werden. Das ist ja auch eine eurer Visionen, dass ihr da ein wenig schlanker, besser fahrt und ich hätte jetzt einfach Mühe damit, wenn man jetzt böse gesagt diese CHF 100'000.- an Subventionen von Anfang an hier einbudgetieren würde. Wenn es einmal wirklich nicht mehr geht, ist meine ich, die Gemeinde immer da, wenn jetzt einige sagen, dass es ihnen wichtig sei, dass es erhalten bleibt. Aber wenn man jetzt nebst den zusätzlich gesprochenen Geldern trotzdem noch mit diesen CHF 100'000.- rechnet, hätte ich jetzt persönlich Mühe. Da müsste ich jetzt schon sagen, da müssten sich dann auch die anderen Hauptaktionäre beteiligen. Ich habe Mühe damit, wenn man das Risiko nicht mit den Privaten teilt. Wenn man sagt, es braucht nochmals einen Beitrag

und hat jetzt diese rund CHF 100'000.- im Budget drin, würde ich mich wehren, dass diese alleine von der Gemeinde kommen. Da müssten die anderen auch mithelfen, die ersten 5 Jahre als Notmassnahme.

Für mich ist es einfach gefährlich, denn ihr habt jetzt einen sehr guten Job gemacht mit Geld sammeln, das ist wichtig. Aber sind wir ehrlich, das hat man vor 5 oder 10 oder 20 Jahren auch gemacht. Entscheidend ist ja, was ihr nachher macht, das ist ja die Herausforderung, da dürfen wir uns nicht belügen. Auch wenn es wichtig ist für uns, da müssen wir realistisch sein, diese Bahn muss leben können und nicht immer vom ersten Winter weg wieder von öffentlichen Geldern abhängig sein. Ich hoffe da seid ihr ehrgeizig genug, denn sonst müssen wir schon sagen, ist es einfach Geld ausgeben für 5 Jahre. Also meine konkrete Frage lautet, ob ihr mit diesen CHF 100'000.-rechnet und wenn ja, dann müssten wir untereinander diskutieren, wer diese bezahlt. Und da wäre ich sehr dafür, dass es nicht alleine die Gemeinde zahlt, denn das wäre nicht ganz fair.

Peter Beeli: Ja wir rechnen damit. Das wurde eigentlich auch beim Start vor einem Jahr immer so in Aussicht gestellt, dass die Gemeinde bereit sei, dies weiterhin in Aussicht zu stellen. Ich weiss nicht, ob das diese Aktienzeichnung im Herbst ein wenig überstellt hatte, aber wir rechnen mit diesen CHF 100'000.-. Am Anfang, als man diese Informationsveranstaltungen gemacht hat, brachten die Zweitheimischen aufs Tapet, dass man die Zweitheimischen abzocken wolle. Die Flimser gingen sogar bis vor Bundesgericht deswegen. Da war die Rede davon, dass die Einheimischen wie bisher CHF 100'000.- und die Zweitheimischen CHF 150'000 mehr geben würden.

Und auch in anderen Tourismusgemeinden ist das durchaus üblich, dass die Erstheimischen auch ihren Obolus drangeben würden. Darum war die Meinung, dass diese CHF 100'000.- vertretbar seien, wenn man das diesen CHF 150'000.- gegenüberstellt, welche die Zweitheimischen mehr bezahlen. Diese zahlen ja bisher bereits mehr. Darum ja, wir rechnen mit diesen CHF 100'000.-. Wir sehen uns auch als ein Teil der Infrastruktur, obschon gesagt wird, die Sportbahnen als AG seien privatrechtlich etc., aber für das Mittelschanfigg ist diese Sportanlage ein Teil der Infrastruktur und darum, wie ich gesagt habe, ja, wir rechnen mit diesen CHF 100'000.-

Christian Sprecher: Danke. Sind gerade noch Fragen direkt an Peter Beeli? Bruno?

Bruno Preisig: Ja also eine Frage habe ich eigentlich nicht, was mich einfach ein bisschen an der ganzen Sache gestört hat, also nicht nur mich, ich habe das oft von Gästen im Restaurant gehört, dass man quasi die Kleinaktionäre nicht mehr wolle. Bei einigen kam es so an, dass sie ja etwas einzahlen können, aber Aktien erwerben geht nicht mehr. Ich finde dann doch schon, wenn ich die Möglichkeit habe, bei einer solchen Anlage Aktien zu zeichnen, sei es für CHF 1'000.- oder CHF 10'000.-, kann ich mich wahrscheinlich besser identifizieren, als wenn ich das jetzt einfach einem Verein gebe, und der vertritt mich dann vor Ort. Ich muss jetzt ehrlich sagen, dass ich das noch schön fand, sich an einer Aktionärsversammlung zu treffen, sich auszutauschen und das vermischen viele da draussen, auch Einheimische, dass man die Kleinen nicht mehr will. Natürlich sagt man, dass man in die IGH einzahlen kann, wenn man will. Dann ist man eigentlich über diese Aktionär, aber es ist einfach nicht mehr dasselbe.

Und das finde ich schade. Man hörte es mehrfach in den Medien, dass bald auskommt, was das Tal oder was die Bevölkerung vom Hochwang hält. Auf die andere Seite muss ich sagen, was hält der Hochwang von der Bevölkerung, dass man die Leute nicht als

Aktionäre will? Der Grund mit den Kosten für den Postversand fällt meines Erachtens in der heutigen Zeit mit dem Mailversand weg. Es sind ja keine geheimen Unterlagen, da könnte man sicher Einsparungen machen. Dies nur so als Bemerkung. Das habe ich von verschiedenen Seiten gehört.

Christian Sprecher: Danke Bruno. Wenn noch Fragen an Peter Beeli sind, kann er diese ja laufend noch beantworten. Ich möchte jetzt zurückkommen auf den Antrag des Gemeindevorstands. Wenn seitens des Gemeindevorstands jetzt gerade nichts mehr kommt, würde ich die Diskussion betreffend Botschaft mit dem Antrag des Gemeindevorstands eröffnen. Wem darf ich das Wort geben? Werner?

Werner Jäger: Geschätzte Parlamentarierin geschätzte Parlamentarier. Wir haben ja im Vorfeld schon rege Diskussionen gehabt und man ist eigentlich zum Schluss gekommen, dass das nicht gut ist, dass wir alle Talgemeinden auf diese 60 % erhöhen, wie das vom Gemeindevorstand vorgeschlagen worden ist, sondern dass wir das anpassen wollen auf den Vorschlag, wie er von den Sportbahnen gekommen ist. Das heisst St. Peter-Pagig, Peist und Molinis bei 60 %, Lünen, Castiel, Calfreisen, Langwies und Litzirüti weiterhin bei 30 %. Darum habe ich eigentlich den Antrag, dass man den Antrag der Gemeinde anpasst auf diese drei Zonen. Wenn man das im Gesetz durchgeht, würde das bedeuten, dass Artikel 1 Absatz 3 und Artikel 2 Absatz 2 folgendermassen geändert werden: Unter Artikel 3 Absatz 1 "Das Gemeindegebiet wird in 3 Zonen eingeteilt. Die Einteilung erfolgt nach Massgabe der vorhandenen touristischen Infrastruktur sowie der Nähe zu den touristischen Anlagen."

Absatz 2: "Die Tourismuszonen umfassen folgende Ortschaften: a) Zone A: Arosa b) Zone B: Molinis, Peist und St. Peter-Pagig c) Zone C: Calfreisen, Castiel, Langwies, Litzirüti und Lünen" und weiter, Absatz 3: "Die Beherbergungsabgaben sowie die Tourismusförderungsabgaben für Beherberger betragen in der Zone A 100%, in der Zone B 60% und in der Zone C 30% der im Reglement zu diesem Gesetz festgelegten Ansätze. Die Reduktion gilt auch für die Grundgebühr [1] und die Grundtaxe [2] der Beherberger." Bei Artikel 20 Absatz 2 müsste man den letzten Satz entsprechend auch anpassen: "Für Beherberger in der Tourismuszone B betragen die Ansätze 60 % und in der Tourismuszone C 30 % der im Reglement zu diesem Gesetz festgelegten Ansätze." Den Titel II. würden wir unverändert lassen, so wie ihn der Gemeindevorstand vorgegeben hat. Dasselbe gilt für den Titel III.

Titel IV. würde man anpassen. Dort ist von der Gemeinde folgendes vorgeschlagen: "Der Gemeindevorstand bestimmt das Inkrafttreten." Und da sollte man reinnehmen: "Der Gemeindevorstand passt die Leistungsvereinbarung mit der Tourismusorganisation den Änderungen in Zone B an und bestimmt anschliessend das Inkrafttreten." Diese Vereinbarung mit der Tourismusorganisation soll angepasst werden, wohin das zusätzliche Geld fliessen soll. Und das letzte wäre noch der Regierungsbeschluss, welcher auch unverändert drinbleibt

Es wäre mein Antrag, das so anzupassen. Im Sinne einer Anpassung für den Hochwang. Weil, wie gesagt, wir sind in verschiedenen Gesprächen einig geworden, dass es für Langwies, Litzirüti, Calfreisen, Castiel und Lünen nicht zufriedenstellend ist und dass wir diese Ortschaften auch nicht übertölpeln wollen.

Christian Sprecher: Danke Werner. Ich muss das vielleicht noch einmal nachfragen, da mir das noch nicht ganz klar ist. Du hast das jetzt zusammengefasst und wenn ich das

richtig beurteile, sind das eigentlich drei Anträge. Es ist Artikel 3, es ist Artikel 20 und es ist hinten Titel IV, welche vom Antrag des Gemeindevorstands abweichen.

Werner Jäger: Genau, richtig, ja.

Christian Sprecher: Gut, ihr habt es gehört. Danke Werner. Wer wünscht das Wort dazu? Markus?

Markus Lüscher: Ja, geschätzte Damen und Herren, ich war lange hin- und hergerissen. Also ich muss sagen, wir haben jetzt eine Variante gehört und wir haben die Variante des Vorstands. Ich werde ehrlich gesagt mit keiner richtig glücklich aber irgendwie muss man doch schauen, dass es vorwärtsgeht. Die ganze Sache ist eher hochwänglich, das ist unbestritten und ich habe mich bei verschiedenen Vertretern aus dem Schanfigg umgehört und dieser Antrag hat natürlich schon ein Gärtchendenken ausgelöst. Jeder fragte sich dann, wie er profitieren kann, die einen sind Schmarotzer und die anderen sollen mehr bezahlen und ich muss sagen, ich wäre eigentlich mit dem Vorschlag vom Vorstand zufriedener gewesen, denn es ist ja eigentlich das, was wir eigentlich sollten: den Fusionsgedanken leben und die Solidarität fördern.

Jetzt hat es bei mir aber einen Kipppunkt gegeben und das sind die Berberger in Langwies. Ich musste mir die Frage stellen, ob diese die Mehrbelastung überhaupt kompensieren können? Obwohl Mehreinnahmen aus dem Tourismus winken, muss ich also schon sagen, sie werden es nicht schaffen. Es ist eine grosse Belastung, welche auf sie zukommt und es sind relativ kleine, respektive schwache Beherberger und ich glaube, das ist meine grösste Angst, dass dann diese aussteigen und sagen, dass sie da nicht mehr mitmachen und keine Übernachtungen mehr anbieten. Das ist schon mal im Wallis in einem ähnlichen Fall passiert und dort hat man auch gesehen, dass die Hemmschwelle um, gerade so einen kleinen, Betrieb aufzugeben, sehr tief ist. Das möchte ich eigentlich nicht riskieren, denn Langwies ist ja touristisch gesehen eine schöne Ecke und hat auch noch Potenzial und man muss auch sehen, dass wenn auch nur schon ein Teil aufgeben würde, hätte das natürlich auch Auswirkungen auf den Dorfladen und auf das Restaurant Bahnhöfli. Davor habe ich mehr Angst und wenn das passieren würde, hätten wir uns selber ins Knie geschossen. Ich werde den Antrag von Werner unterstützen. So haben wir vielleicht nicht die beste Lösung aber vielleicht auch nur die zweitschlechteste. Geben wir diesen Leuten, die sich für den Hochwang engagieren und wirklich sehr viele Vorleistungen erbracht haben, gern diese Chance. Danke.

Christian Sprecher: Danke Markus. Weitere Wortmeldungen?

David Zippert: Ja geschätzte Anwesende, ich möchte mich auch gerne zu diesem Thema äussern, weil Langwies wie gesagt eigentlich relativ stark betroffen ist. Ganz grundsätzlich will ich sagen, dass ich den Neustart Hochwang eigentlich vorbehaltlos unterstütze, weil, wie Peter Beeli schon richtig gesagt hat, es wahrscheinlich für dieses Skigebiet die letzte Möglichkeit überhaupt ist. Wenn das nicht gelingt, werden wir dort draussen ohne Felle wohl nie mehr Skifahren. Jetzt stellt sich natürlich die Frage wie die richtige Finanzierung aussieht. Ich will jetzt ein bisschen die Situation in Langwies beleuchten. Vor einigen Jahren hat man über das Tourismusgesetz abgestimmt, also über eine erste Version. Das ist dann gescheitert, weil viele Leute, die in den Talortschaften wohnen, meinten, die vorgesehenen Abgaben seien im Verhältnis zu den Erträgen die generiert werden, zu hoch. Daraufhin hat man das Gesetz angepasst und das ist dann im Jahr 2020, wenn ich richtig nachgeschaut habe, in Kraft getreten

und ist jetzt so eigentlich diskussionslos akzeptiert. Jetzt muss man aber wissen, dass das damals eine Verdoppelung der Abgaben zur Folge hatte. Ja und jetzt reden wir hier über eine Verdoppelung der Verdoppelung. Also wir wären dann bei 400 % innerhalb von 4 Jahren. Ich möchte ja nicht hören wie es klingen würde, wenn man die Tourismusabgaben für Arosa in diesem Stil erhöhen würde.

Man kann also sagen, das Verständnis in Langwies ist klein. Die Gäste in Langwies lassen sich so ein bisschen unterteilen in zwei Gruppen: Wir haben die Gäste, welche seit eh und je sehr stark Richtung Arosa orientiert sind, vor allem die Tourismusstrukturen nutzen und selten bis nie am Hochwang sind. Dann haben wir eine zweite Gästegruppe: Das sind die, die in all diesen Ferienhäusern logieren, in den Seitentälern hauptsächlich. Das sind recht viele Leute. Diese Gäste gehen den Tourismusstrukturen bewusst aus dem Weg. Für diese hat es keine grosse Bedeutung, ob jetzt der Skilift am Hochwang oder in Arosa läuft. Die wollen das gar nicht. Die haben eine andere Vorstellung von Ferienaufenthalt. Es ist also nicht der Realität entsprechend, dass unsere Langwieser Gäste vom Hochwang profitieren würden. Natürlich gibt es einzelne, die das machen. Man könnte das auch fördern, wenn man jetzt zum Beispiel den Busbetrieb wieder aufnehmen und intensivieren würde. Ich glaube es ist aber nicht erfolgsversprechend, wenn man das Gästeverhalten mit, ich sage jetzt mal Zwangsmassnahmen, anpassen muss. Das macht keinen Sinn.

Die vorgeschlagene Abgabenerhöhung des Gemeindevorstands ist zurückzuführen auf diesen Hilferuf des Hochwangs. Wenn das nicht passiert wäre, würde wahrscheinlich heute nicht über eine Erhöhung diskutiert, dann wäre die Tourismusabgabenerhöhung kein Thema. Das heisst mit anderen Worten, es besteht gar kein Bedarf die Abgaben zu erhöhen, abgesehen von dem Bedarf des Hochwanggebiets. Vor 4 Jahren hat Arosa Tourismus beziehungsweise die Talkommission die Arbeit in den Talortschaften aufgenommen und konnte unter anderem auch in Langwies ganz gute Sachen umsetzen. Darüber sind wir froh, das funktioniert gut. Es ist aber nicht so, dass jetzt bahnbrechende Ideen dazugekommen wären, wo man sagen müsste, da haben wir eine Superidee, die wir unbedingt auf diesem Weg finanzieren müssten. Es würde dann doch eher darauf rauslaufen, dass man halt einfach noch die eine oder andere Idee zusätzlich noch ein bisschen umsetzen würde. Wirklich eine Vision ist da nicht vorhanden.

Das Tourismusgeschäft abseits von den Tourismusstrukturen ist ein schwieriges Geschäft. Das fängt meistens schon dort an, dass man einfach nicht an dieses Geld hinkommt, das man investieren möchte oder sollte. Es bleibt dann also dem Akteur oder der Akteurin kein anderer Weg, als in kleineren Etappen zu investieren, aus dem mühsam erwirtschafteten Cashflow. Jetzt müsst ihr euch vorstellen, was das für eine Auswirkung hat, wenn der Gemeindevorstand diese Erträge wegsteuert. Das ist im Prinzip negative Wirtschaftsförderung. Viel besser ist es, an den Orten, die abseits vom grossen Tourismusgeschehen liegen, ein günstiges Umfeld zu schaffen und die Abgaben tief zu halten.

Man kann das Ganze natürlich auch so ein bisschen unter dem Aspekt der Solidarität anschauen. Man könnte jetzt sagen, wir profitieren ja alle davon, wenn es am Hochwang weitergeht. Allerdings sind wir dann auf dem falschen Finanzierungsweg mit dieser Tourismusabgabe. Es ist nämlich, wie Reto gesagt hat, eine Sondersteuer und ich bin der Meinung, eine Sondersteuer sollte einen direkten Nutzen für den Steuerzahler haben. Wenn man die Solidarität in den Vordergrund stellen will, dann müsste man es

anders lösen: über die Gemeindesteuern, über die ordentliche Gemeinderechnung und halt auf diesem Weg das Gebiet unterstützen. Über die Tourismusabgaben ist das berechtigt, wenn es so gemacht wird, wie es die IG Hochwang vorgeschlagen hat. Nämlich, dass die Ortschaften, direkt um das Hochwanggebiet eine höhere Abgabe zahlen würden. Das entspricht grundsätzlich dem Verursacherprinzip. Und darum schliesse ich mich eigentlich dem Vorschlag von Werner Jäger an und möchte euch unbedingt anhalten, den Antrag zu unterstützen, beziehungsweise eben diese drei Anträge und das Hochwanggebiet so zu unterstützen, wie es die IG Hochwang ursprünglich vorgeschlagen hat.

Christian Sprecher: Danke David. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ludwig?

Ludwig Waidacher: Verehrter Präsident, geschätzte Anwesende ich habe nur zwei formelle Fragen. Inhaltlich, glaube ich, ist das was Werner und dann vor allem auch David gesagt haben, schlüssig. Wenn wir weitermachen wollen, müssen wir mit dieser Dreistufenlösung arbeiten, mit 100 % in Arosa, 60 % im Mittelschanfigg und die anderen draussen mit 30 %. Das ist für mich schlüssig. Wir wollen, wie David gesagt hat, nicht die Betriebe im Tal draussen gefährden, wenn wir schon nicht so viele haben. Formell habe ich noch zwei Sachen, auf der einen Seite möchte ich vom Vorstand wissen, bezüglich der Argumente, welche Reto gebracht hat, von wegen nicht einzutreten. Er sagte, es könnte ein wenig gefährlich sein wegen der Fristen, vom Gesetz her. Gehen wir da ein Risiko ein? Hat der Vorstand das beachtet und kann das beantworten? Das Zweite ist noch formell. Was ist eure Idee? Möchtet ihr versuchen, das zu Null im Parlament durchzuwinken und hoffen, dass niemand Unterschriften sammelt, oder ist schon die Idee, dass es vors Volk kommt? Das sind eigentlich meine zwei Fragen.

Christian Sprecher: Danke Ludwig. Wer kann diese Fragen beantworten?

Werner Jäger: Bezüglich vors Volk gehen, erübrigt sich dies sowieso. Da Kollege Ruoss auf Nichteintreten plädiert hat, glaube ich kaum, dass er zu irgendeiner Lösung ja sagen wird. Vielleicht schliessen sich dem auch noch andere an. Aber darum denke ich schon, dass das vors Volk gehen wird.

Christian Sprecher: Gut, danke. Nochmals zur ersten Frage, zu dieser Termingeschichte, die Ludwig angesprochen hat. Vielleicht will da der Gemeindevorstand Auskunft geben?

Patric Iten: Grundsätzlich haben wir das von Rechtsanwalt Staub abklären lassen, der schon beim ersten Mal beim Tourismusgesetz dabei gewesen ist. Aus seiner Sicht gibt es da eigentlich kein Problem für diese Erhöhung von 30 % auf 60 %. Von uns war angedacht, dass wir das, wenn es dann kommt, per 1. Januar 2025 einführen würden.

Ludwig Waidacher: Darf ich noch einmal nachfragen? Die Idee, also die Erhöhung, ich nehme an, dass er da nichts dagegen einzuwenden hat?

Die Frage ist ja wegen dieser Fristen. Aus nachvollziehbaren Gründen hat man ja Fristen im Gesetz, diese 12 Monate. Und wenn ihr das per 1. Januar 2025 einführen wollt, würden wir diese ja nicht einhalten, oder? Meine konkrete Frage ist jetzt, ob dies eine Rolle spielt oder nicht. Die Frage ist jetzt, wenn jetzt einer sagt, das will ich anfechten. Habt ihr das überhaupt geprüft?

Patric Iten: Nein.

Christian Sprecher: Gut, danke. Pascal?

Pascal Jenny: Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mich freut es, dass über Tourismus diskutiert wird im Parlament. Es war sehr überzeugend, lauter gute Voten.

Der erste Teil von Markus ist eigentlich jener, den wir Touristiker unterstützen. Den Tourismus im Tal wollen wir wachsen sehen, David hat schön ausgeführt, was auch entstanden ist. Von dem her ist schon der Ansatz des Gemeindevorstands aus touristischer Sicht logisch, wenn man sagt, hey, mehr Geld gibt mehr gute Projekte, gibt mehr gemeinsame Entwicklung. Ich verstehe, wieso ihr das so eingegeben habt. Ich finde das im Grundsatz richtig. Jetzt hat aber David auch zwei bis drei ganz wichtige Sachen gesagt. Die ganz grossen Würfe haben wir tatsächlich gemeinsam nicht gefunden. Wir haben eine supergut funktionierende Talkommission. Ihr habt die Unterlagen auch teilweise von Roland Schuler, dem Tourismusdirektor, bekommen. Darin sieht man, miteinander geht es weiter und die Gelder, die sich verdoppelt haben, haben schon, wenn man eine Analyse macht, zu deutlichem Mehrwert geführt. Einerseits in der Beherbergung, andererseits aber auch bei der Sichtbarkeit und der Fokus, den wir im Tal gelegt haben, ist Kultur. Tourismus und Kultur. Wir haben mit Carla Gabrí einen Kopf, der das ausgezeichnet macht. Auch dort, kleine Strukturen brauchen starke Köpfe, das haben wir mit ihr. Es ist toll wie sich das weiterentwickelt. Um auf das Votum von Reto Ruoss beim Eintreten zurückzukommen: ich glaube auch, dass das mit der Leistungsvereinbarung noch nicht so ganz klar ist. Jetzt sind wir aber im Vorstand und ich ziehe schnell den Hut des Präsidenten von Arosa Tourismus an, der sich immer einigt.

Wir wollen ermöglichen. Wenn das Volk den Hochwang unterstützen will, unter all den technischen, juristischen Strukturen, geben wir ein Ja zur Anpassung der Leistungsvereinbarung. Man kann, glaube ich, davon ausgehen, auch wenn zwei in den Ausstand gehen müssen, diejenigen die im Vorstand sind, glaube ich würden das unterstützen. Wir spüren ja auch, dass die Zusammenarbeit mit der Talschaft gut ist. Peter Beeli, ein Punkt an dich, wir machen auch gute Erfahrungen, weil der Tourismus in dieser Talschaftskommission vertreten ist und zwar diese von Arosa. Ihr habt Patric Iten drin, das ist gut. Vielleicht wäre es gut, es wäre auch noch jemand vom Tourismus drin, weil dann findet die Kommunikation direkt statt. Dass eine Mehreinnahme rein ausschliesslich an eine Aktiengesellschaft geht, um eine Bahn am Leben zu erhalten, das, meine ich, ist ziemlich unique im Tourismus.

Wenn wir das so machen würden, dann finde ich, muss man einfach sehr gut kommunizieren. Ich kann mich dem anschliessen Werner, auch wenn ich es toller fände, wenn wir grundsätzlich mehr Mittel für die Tourismusentwicklung im Tal zur Verfügung hätten. Ich hatte auch kurz mit dem Beherberger in Langwies Kontakt, Markus. Ich verstehe dich. Wenn ich Schlafen im Stroh anbieten würde und plötzlich ein paar Franken mehr verlangen müsste, für etwas das gar nichts kostet, ja dann ist natürlich schon fraglich, ob ich es überhaupt noch anbiete. Aus touristischer Sicht möchte ich aber auch noch einen Punkt hineingeben und Markus hat es auch gesagt, mir fehlt jetzt auch auf diesem Chart die Sommerstrategie vom Hochwang. Eine Sommerstrategie, Marc hat es gesagt, basiert nie auf einer Sesselbahn. Entweder basiert sie auf einer Gondelstruktur oder sie basiert auf gar keiner Bahn. Das finde ich, das fehlt. Ich finde, wenn ihr das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bekommt, bitte nicht erst nach fünf Jahren, wie auf der Folie ersichtlich, langfristige Gedanken machen, sondern unbedingt schon anfangen. Ich glaube, da hat es hier drin

genug kluge Leute, die gerne mithelfen. Der Tourismus im Tal hat gerade im Sommer, im Frühling, im Herbst grosse Möglichkeiten. Zum Teil kann man schon auf der Lenzerheide sagen, müsste man jetzt biken und nicht mehr Skifahren. Weil wir noch die letzten sind, die in dieser Höhe noch diesen Schnee haben. Es kommt ja sowieso auf uns zu. Wenn ich so den ganzen Blick, Peter, vielleicht auch an deine Leute aus meiner touristischen Erfahrung gebe. Bei uns haben wir jetzt 2 Kinder, die in Chur zu Schule müssen. Einmal wegen Sport und einmal wegen dem Gymnasium. Wir sitzen in den Zug, fahren nach Arosa, sitzen in den Bus, gehen nach Innerarosa, ziehen unsere Ski an und gehen Skifahren. Das ist Tourismus. In Österreich fährst du überall 20 bis 25 min. Wenn ich Solidarität und Bequemlichkeit ausklammern möchte, würde ich sagen, lasst uns das Geld hier investieren im Winter und machen dieses Produkt noch besser. Weil es ist wirklich über das gesamte Bild des Tourismus kein Weg vom Hochwang hierherzukommen um Skizufahren. Ich weiss, das kann man gerade wieder vergessen. Am Schluss des Tages geht es um Solidarität und um Bequemlichkeit. Ich kann mich dem anschliessen, bin aber deiner Meinung Ludwig, das muss das Stimmvolk entscheiden. Da fühle ich mich jetzt nicht im Rahmen, zu sagen, wir müssen und wollen dieses Geld investieren.

Christian Sprecher: Danke Pascal. Ich weiss natürlich nicht, ob wir alle Bedenken bezüglich dieser Frist aus dem Weg räumen können. Ich glaube nicht definitiv. Ja, Reto?

Reto Thomas Ruoss: Ja, besten Dank. Ich habe es ja gesagt in meinem Votum. Es ist etwas, das sich letztlich an diese Anpassung in der Verordnung richtet und der Gesetzgeber ist natürlich frei, Änderungen zu beschliessen. Es ist ja auch nicht mein Votum gewesen, dass es nicht geht oder das rechtlich ein riesiges Problem ist. Es ist mehr das Thema, man hat einmal gesagt, wenn man das anpasst, soll man auf das Rücksicht nehmen. Das war bei der Botschaft zum Tourismusgesetz 2020. Hier muss man nicht, aber es wäre schön gewesen, wenn man es gemacht hätte. Dass es wahrscheinlich gar nicht geht, weil halt eben die Fristen nicht kongruent sind bzw. Bedürfnisse früher kommen als wenn man diese Frist einhalten würde, ist offensichtlich. Aber ich glaube nicht, dass das jetzt etwas ist, das dazu führt, dass wir jetzt am Schluss, diese Anpassung juristisch zu Fall bringen könnten.

Christian Sprecher: Danke Reto für diese Ausführungen. Gibt es noch letzte Wortmeldungen? Bruno?

Bruno Preisig: Also ich kann mich eigentlich diesem Antrag, den Werner gestellt hat, auch anschliessen. Was ich auch noch sagen möchte, ist das, was Pascal wegen der Sommersaison gesagt hat. Dass man im Tal draussen etwas mehr machen muss, vielleicht nicht gleich was weiss ich was für einen Rummel. Ich frage mich einfach was haben wir für Leute, die das machen können? Ich meine, in Arosa hat man eine Tourismusorganisation. Meine Frage ist, könnt ihr nicht auch draussen etwas machen? Es ist ja Arosa Tourismus. Wir sind ja auch Arosa. Wir haben draussen einfach nicht diese Spezialisten. Wir haben einen Haufen Leute, die Ideen haben, aber keiner weiss, wie umsetzen. Da liegt es bei uns ein bisschen mit dem Sommertourismus und der Schnee kommt, wenn er kommt und wenn er nicht kommt, dann kommt er nicht. Da kann man nichts machen. Der Bogenpark ist entstanden, weil man keinen Schnee hatte. Da hatte Bobi Götte die Idee mit dem Bogenpark, damit unsere Gäste trotzdem etwas hatten. Das ist das einzige Angebot, das man hat und wir haben keine Spezialisten da draussen. Das nur mal so, zur Anregung.

Pascal Jenny: Also ja, ganz kurz. Für das ist die Talschaftskommission zuständig, die aus jeder Ortschaft eine Vertretung hat.

Bruno Preisig: Ja, aber das sind solche, die haben in Sachen Tourismus so wenig Erfahrung. Wir haben doch nicht diese Erfahrung, da müssen wir ehrlich sein. Wenn ich jetzt unseren Vertreter anschau, das ist ein ganz guter, ich habe es gut mit ihm, er ist Archäologe, aber in Sachen Tourismus... Er wäre jetzt einer von denen, die sagen, ich brauche keine Bahn dort draussen. Lieber mit den Fellen hochlaufen, ich will meine Ruhe haben. Ohne Sommerbetrieb können wir diese Bergbahnen nicht erneuern. Und das Restaurant auf Triemel, ich meine, das ist ja schade um so ein schönes Restaurant, das im Sommer geschlossen ist. Alle gehen im Sommer vorbei und es hat einfach nicht auf.

Christian Sprecher: Danke für deine Äusserungen. Das, was du hier anschneidest, ist vielleicht auch ein Thema für die künftigen Verantwortlichen, für Peter Beeli und sein Team, welche vielleicht auf solche Sachen angesprochen werden, um sie zu prüfen. Noch Patric?

Patric Iten: Ich will da nichts kippen, ich will einfach noch schnell zur Erinnerung bringen, was wir uns überlegt haben. Das eine ist sicher die Solidarität innerhalb aller Gemeinden im Tal. Das andere ist, wenn wir jetzt gerade von der Förderung des Sommertourismus reden: Durch das, dass in allen Gemeinden grundsätzlich mehr Geld zusammen käme in diesen Topf, über den die Talschaftskommission bestimmen kann und der kann auch für gewisse Infrastruktur gebraucht werden. Man hätte also das Geld auch zur Verfügung um etwas zu machen, sagen wir jetzt einen Bikeweg, sagen wir den Ausbau des Bogen-Parks, sagen wir, in Molinis ein grosses Kino, das immer dort ist. Es stünde einfach im Grundsatz mehr Geld zur Verfügung, für den Tourismus als Ganzes, im Tal. Was man auch nicht vergessen darf, ist, dass relativ viel Geld aus den Tourismustaxen des Tals für die Ortschaft Langwies ausgegeben wird. Rein für die Kulturfachstelle werden CHF 30'000.- aufgewendet. Dann in der nächsten Zeit, was das Viadukt anbelangt, was die RhB anbelangt etc. werden in nächster Zeit grössere Beträge ausgegeben. Auch da sind eigentlich dann die anderen Talortschaften wiederum solidarisch. Sagen wir z.B. Calfreisen, Jürg Sprecher ist jetzt nicht da, er würde vermutlich sagen, wir haben da auch noch irgendetwas. Das bisschen, das Calfreisen zahlt, oder auch Lünen, fliesst zum Teil natürlich dann auch an diese Ausstellungen etc. von Langwies. Also unser Gedanke war eigentlich der Solidaritätsgedanke, alle sollen etwas mehr geben, man bekommt aber auch schlussendlich mehr zurück. Das Ziel wäre eigentlich gewesen, dass so der Tourismus im Tal noch mehr gefördert werden würde, mit dieser Erhöhung über das ganze Tal.

Christian Sprecher: Danke Patric. Andrea?

Andrea Hagmann: Ja ich habe das gleich gesehen wie du Pascal. Als ich gehört habe, dass Langwies auch mitmachen sollte, dachte ich zuerst, dass das eine Chance ist. Dieses Geld haben wir und daraus machen wir etwas Gutes. Ideen wären ja da. Als ich dann zwei Tage später die ersten Telefone aus Langwies bekam und es hiess, dass das dann keine gute Idee sei, musste ich mich in die Lage versetzen, wie David sie gut geschildert hat. Dann habe ich gefunden, dass die, welche das Ganze angestossen haben, also Peter Beeli und sein Team, sehr gute Arbeit geleistet haben und man das jetzt nicht in Gefahr bringen darf, indem man Langwies mitnimmt und die Langwieser machen Stimmung in Arosa und schaffen es, das Ganze noch zu kippen.

Das Risiko ist mir zu gross, darum habe ich auch gefunden, wir gehen lieber zurück zum Vorschlag von Peter Beeli und Team und lassen das jetzt laufen. Sie haben das so gebracht, sie haben das angestossen und sie haben es verdient, dass man das so hinbringt. Versuchen wir, das ins Trockene zu bringen. Das andere wäre verlockend gewesen, finde ich auch. Es hätte aber mehr Vorlauf gebraucht. Es hätte mehr Überzeugungsarbeit gebraucht, um Langwies zu überzeugen, dass das eine Chance ist. Diese Zeit haben wir jetzt leider nicht, darum folgen wir doch den Vorschlägen, die Werner gebracht hat.

Christian Sprecher: Danke Andrea. Nochmal David.

David Zippert: Vielleicht nochmals kurz zurück zu meinem Votum und dem von Patric. Wir wissen das in Langwies grundsätzlich sehr zu schätzen, was Arosa Tourismus in den letzten Jahren geleistet hat. Es ist einfach so, der Tourismus im Tal funktioniert anders als hier in Arosa. Es steht und fällt extrem viel mit der Einzelperson, die aktiv ist. Wir haben, Gott sei Dank, eine Hand voll Leute, die wirklich gute Arbeit machen. Es wäre einfach sehr schade, wenn es diesen den Teppich unter den Füßen wegziehen würde. Sonst machen wir am Schluss Werbung für ein Produkt, das nicht mehr existiert.

Christian Sprecher: Danke David. Yvonne?

Yvonne Altmann: Ja, geschätzter Parlamentspräsident, geschätzte Parlamentarier, geschätzte Anwesende, ich muss ehrlich sagen, ich bin froh, haben wir diese Diskussion heute so geführt.

Ich glaube, es hat diesen Prozess gebraucht, denn wir haben natürlich auch Telefone erhalten, bezüglich der ersten Idee mit diesen 30 %, sowie der Antrag von Werner Jäger ist. Ich glaube, es hat genau das gebraucht. Es gibt eine breitere Abdeckung, denn es hat einen Prozess ausgelöst. Wenn wir jetzt nur mit dem ersten Antrag gekommen wären, wie er sehr schön gestellt worden ist, hätten wir heute nicht die gleiche Diskussion gehabt. Es hätten nicht die gleichen Diskussionen bei euch in den Dörfern stattgefunden. Ich muss ehrlich sein, wenn ich die Solidarität anschau, die unsere Fusionsgemeinde, unsere Grossfusionsgemeinde hat, die vom Tourismus lebt, dann ist die Solidarität natürlich sehr, sehr gross. Wenn man dann auch wieder mit diesen CHF 100'000.- jährlicher Beiträge käme, dann ist die Solidarität so gelagert, dass über 80 % der Steuereinnahmen aus der Ortschaft Arosa kommen. Ich glaube, dessen müssen wir uns einfach bewusst sein. Ich glaube, für uns ist ganz wichtig, für den Gemeindevorstand, dass wir einfach auch miteinander vorwärtsgehen und miteinander auch die kommenden Projekte und Herausforderungen angehen. Darum wäre es der Solidaritätsgedanke gewesen. Ich glaube, da sind wir uns alle nach diesen Voten, die wir jetzt gehört haben, einig. Ich möchte das auch noch zu Peter Beeli nach hinten schicken. Er hat ja einen kurzen Wink gegeben. Die Gemeinde hat wirklich vom Hochwang verlangt, dass jetzt Leute hinstehen müssen, welche den Karren ziehen und vorwärtsgehen wollen. Leute, die nicht nur einfach das Geld bringen, sondern sagen, hey wir machen etwas aus dem Hochwang. Das haben sie jetzt hingekriegt und ich glaube, jetzt wäre es wirklich schön, wenn wir hier und heute sagen können, jawohl, wir finden einen Weg, dass man auch zu der Bevölkerung hinausgehen kann. Die Abstimmung ist nicht einfach zu gewinnen. Bei dieser Abstimmung stimmen Leute ab, die eigentlich nachher nicht so betroffen sind. Darum glaube ich jetzt wirklich, diese Diskussion, da muss ich ehrlich sein, die Voten von David und auch von Markus, ich glaube, das ist wichtig. Es wäre ja traurig, innovative Leute zu blockieren und sie ihre Betriebe aufgeben lassen. Aber der Tourismusgedanke, dass wirklich unsere

Grossgemeinde Arosa vom Tourismus lebt, der muss schon verimpft werden und dort müssen wir wirklich weiterarbeiten. Das wäre die Chance gewesen für uns, dass man gesagt hätte, für die ganzen Talortschaften 60 %, aber ich muss ehrlich sein, ich habe das auch bei Patric gespürt, der Gemeindevorstand kann auch mit diesem Antrag leben. Ich glaube, wichtig ist, dass wir wirklich rausgehen und sagen, das ist ein guter Weg, dass wir zusammen vorwärtsgehen und den Hochwang auch unterstützen. Schlussendlich wissen wir, die wahre Cashcow sind die Bergbahnen in Arosa und der Tourismusort Arosa. So haben wir auch die Chance, wirklich ein gutes Leben zu haben und miteinander vorwärtszugehen. Aber die Solidarität muss künftig wirklich besser werden. Da appelliere ich wirklich an alle.

Schlussabstimmung:

Christian Sprecher: Gut, danke Yvonne. Ich finde das ein passendes Schlusswort und wenn jetzt niemand dringenden Gesprächsbedarf hat, würde ich gerne zur Abstimmung kommen. Ich möchte kurz aufzeigen, wie ich mir das vorstelle, wie wir hier vorgehen. Wir stimmen über die drei Anträge, die Werner gemacht hat, ab: Artikel 3, Artikel 20 und hinten über diesen Punkt IV. So wie es aussieht, sind die ja mehrheitsfähig und dann haben wir nachher zwei verschiedene Varianten mit dem Antrag vom Gemeindevorstand.

Werner Jäger: Ich habe es euch ausgedrückt, es liegt euch allen vor, mit römisch I, II, III und IV.

Reto Thomas Ruoss: Ja ich glaube, wir können den Artikel 3 Absatz 3 des Gemeindevorstands dem Antrag von Werner gegenüberstellen. Nachher den Antrag bzgl. Artikel 20, das muss auch geändert werden und dann die Position IV und am Schluss meine ich, müsste man über das Gesamte bei der Schlussabstimmung dann noch abstimmen. Ich glaube auf Gegenüberstellen kann man verzichten, weil wenn Absatz 3 des Gemeindevorstands durch Absatz 3 des Antrags von Werner geändert wird, dann ist das eigentlich einander gegenübergestellt und der Antrag des Gemeindevorstands ist dann eigentlich unterlegen.

Christian Sprecher: Mir ist das schon recht, es muss einfach standhalten. Gut, aber du bist auch der Meinung, dass wir über drei Anträge dreimal abstimmen müssen? Gut. Werner hat es gesagt, es liegt euch schriftlich vor. Wenn es jemand wünscht, lese ich es vor. Aufdrängen werde ich mich nicht. Okay, dann würden wir abstimmen. Über den Änderungsantrag Artikel 3 Absatz 3 so wie es hier schriftlich vorliegt, so wie es Werner vorgetragen hat. Wer mit diesem Änderungsantrag von Werner einverstanden ist, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Dieser Änderungsantrag ist angenommen. Dann zum zweiten Punkt, Artikel 20: "Für Beherberger in der Tourismuszone B betragen die Ansätze 60 % und in der Tourismuszone C 30 % der im Reglement zu diesem Gesetz festgelegten Ansätze." Das ist der Änderungsantrag von Werner. Wer mit dem so einverstanden ist, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Dieser Änderungsantrag wird ebenfalls angenommen. Dann ist auf der Rückseite römisch IV. Hier steht im Antrag des Gemeindevorstands: "Der Gemeindevorstand bestimmt das Inkrafttreten. Und der Änderungsantrag von Werner Jäger sieht so aus: "Der Gemeindevorstand passt die Leistungsvereinbarung mit der Tourismusorganisation den Änderungen in Zone B an und bestimmt anschliessend das Inkrafttreten." Wer

diesem Antrag so zustimmen kann, soll dies jetzt mit Handerheben bezeugen. Danke, das ist auch angenommen. Dann, wenn ich Reto richtig verstanden habe, stimmen wir jetzt über das Ganze nochmal ab.

Wer mit diesem Antrag betreffend das Tourismusgesetz, so wie wir ihn jetzt mit Änderungen bestimmt haben, einverstanden ist, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Gegenmehr? Danke, diese Vorlage ist mit 11 zu 2 Stimmen angenommen und geht deshalb an die Urne.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Der Teilrevision des Gesetzes über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe und einer Tourismusförderungsabgabe wird mit den Änderungen zugestimmt und zuhänden der beschlussfassenden Urnengemeinde verabschiedet. Das Stimmenverhältnis beträgt 11:2 bei einem abwesenden Parlamentarier.
2. Der Gemeindevorstand wird die Urnenbotschaft gemäss den Änderungen anpassen und dem Parlamentsbüro gemäss Art. 37 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments zur Genehmigung vorlegen.
3. Die Botschaft ans Parlament bildet einen integralen Bestandteil des Protokolls.
4. Protokollauszug an:
 - Gemeindekanzlei

Christian Sprecher: Wir haben jetzt 15:15 Uhr. Wir machen 15 Minuten Pause.

4. Informationen des Gemeindevorstands

Christian Sprecher: Wir fahren weiter mit der Versammlung. Ich habe euch ganz am Anfang noch eine Information vorenthalten. Ich hole das noch kurz nach. Wir werden selbstverständlich nochmals kurz aufs Präsidialjahr von Bianca zurückkommen und sie noch aus ihrem Amt verabschieden. Sie winkt zwar ab, aber das machen wir und zwar machen wir das am Schluss. Das zur Information. Dann machen wir weiter auf der Traktandenliste. Wir kommen zum Traktandum Informationen aus dem Gemeindevorstand. Gibt es Informationen und wenn ja, wem darf ich zuerst das Wort geben? Der Gemeindepräsidentin, bitte.

Yvonne Altmann: Genau, vielen Dank. Wir haben ja jährlich zwei Infoveranstaltungen. Diese Infoveranstaltungen sind sehr wertvoll Sie sind für uns ein bisschen ein Ersatz für eine Gemeindeversammlung. Uns ist bewusst, dass man keine Anträge stellen und nicht abstimmen kann, aber der Gemeindevorstand kann jeweils über jedes Departement die neusten Informationen präsentieren und wir haben bereits letztes Jahr die Zusammenarbeit gesucht mit den Arosa Bergbahnen und Arosa Tourismus und es kamen rund 100 Leute. Es war ein sehr toller Anlass und im Anschluss gab es natürlich auch noch Diskussionen und einen Apéro. Es ist wirklich auch ganz wichtig, dass auch die Parlamentarier dort vertreten sind, weil das Volk ist

dabei, es gibt Diskussionen und ich meine es ist relevant, dass man Anliegen bei den Volksvertreten anbringen kann, dass das auch funktioniert. Wir haben eine neue Situation mit dem Gemeindeparlament. Wir sind dankbar, dass wir hier heute doch vier Besucher haben, aber wir müssen einfach die Nähe zu Volk finden. Wenn wir die Nähe zum Volk nicht haben, dann ist das relativ schwierig für uns, für die Zukunft. Darum bitte ich euch auch wirklich, an dieser Informationsveranstaltung teilzunehmen, so dass Diskussionen stattfinden können, dass ihr auch integriert seid.

Ich muss ehrlich sein, die letzten Male waren wir etwas enttäuscht. Es nahmen nur zwei bis drei Parlamentarier an diesen doch zwei Veranstaltungen, welche wir jährlich machen, teil und darum der Hinweis. Die Infoveranstaltung findet am Donnerstag, 18. April um 18:30 Uhr im Sport- und Kongresszentrum statt. Wie gesagt, nachher gibt es auch einen schönen Apéro, bei dem man dann nach der Diskussion im Plenum mit der Bevölkerung reden kann. Das wäre die Information. Dann habe ich noch eine zweite Information, die ist ganz frisch, von gestern Nachmittag. Wir sind seit längerem dabei, den Bus neu auszuschreiben. Das war eine ziemlich grosse, umfangreiche Angelegenheit mit sehr vielen Vorgaben.

Wir konnten schlussendlich für die nächsten 10 Jahre einem Busbetreiber diesen Auftrag übergeben. Wir hatten vier Bewerber. Das waren City Trans, Bus Ostschweiz AG, Pfosi Arosa Bus AG, den jetzigen Anbieter, und Campagnari Transporte AG. Wir hatten vier Eingaben und sind sehr dankbar, dass man dank den Vorgaben und der guten Vorarbeit von Jan Diener, unserem Busprofessor, wie ich ihn mittlerweile nenne, dem besten Anbieter, der Pfosi Arosa Bus AG, den Auftrag für die nächsten zehn Jahre vergeben konnte.

Das ist natürlich schön für uns. Also ich meine, wir haben doch einen Betreiber gehabt, der in den letzten Jahren sehr flexibel und ein wertvoller Partner auch beim Schulbus war. Es hat immer gut funktioniert und es sind immer so Momente, wenn man eine öffentliche Ausschreibung machen muss, wo es einfach blöd herauskommen kann. Das ist natürlich schön, dass wir das so vergeben konnten. Das nur kurz, dass ihr das wisst, dass wir da keine Veränderungen haben werden, beim Busbetreiber. Das wäre es gewesen aus meinem Departement. Dann darf ich das Wort weitergeben. Willst du die Nachtragskredite präsentieren, Jan?

Jan Diener: Das kann ich gerne machen. Es wurde ja gewünscht, dass das Parlament über den Stand der Nachtragskredite des Gemeindevorstands informiert wird. Das eine war ein Beitrag zur Dachsanierung des Naturfreundehauses Medergen aufgrund eines Antrags. Das Naturfreundehaus Davos hat einen Betrag im Umfang von CHF 7'000.- gesprochen, weshalb sich der Gemeindevorstand entschieden hat, den selben Betrag zu sprechen. Ein weiteres Thema, da wird wahrscheinlich Peter Bircher im Anschluss noch darauf kommen, ist eine Auftragsvergabe an die Firma AquaPlus AG zur Identifizierung der Nährstoffentwicklung und Massnahmen zur Minderung von Algenwachstum im Ober- und Untersee. Es handelt sich dabei um einen laufenden parlamentarischen Auftrag im Umfang von CHF 18'000.-. Es sind jetzt noch zwei grössere Beträge angefallen und zwar einerseits für die Sanierung Alteinstrasse, erste Etappe. Die budgetierten Beträge sind unter dem Strich tiefer als effektiv nachher eingegangen ist. Darum hat es in diesem Sinn dort einen Nachtragskredit von CHF 150'000.- gebraucht, damit das Projekt in diesem Jahr auch vorangetrieben und umgesetzt werden kann. Ein weiterer Punkt ist die Sanierung Äussere Poststrasse, bei der ja der Kanton im Lead ist. Dort haben wir eine ähnliche Situation, wegen der Teuerung und wegen neuen Richtlinien vom Amt für Natur und Umwelt (ANU). Hier wurde ein Nachtragskredit von CHF 113'000.- gesprochen. Das

heisst, in diesem Jahr, zum aktuellen Zeitpunkt, stehen noch Finanzkompetenzen von CHF 712'000.- zur Verfügung.

Christian Sprecher: Danke für diese Informationen, Jan. Yvonne, gibt es weitere Informationen aus dem Gemeindevorstand? Ja, Peter?

Peter Bircher: Geschätzte Anwesende, nur ganz kurz. Ich möchte einfach sagen, dass in der Melioration St. Peter-Pagig, Peist dieses Jahr kein Wegbau stattfinden wird, also gar keiner. Der Grund ist der, dass die Subventionsmittel, respektive die Subventionszusicherung des Bunds fehlen.

Es ist nicht einfach eine Kürzung jetzt, sondern es ist wirklich gestrichen. Kein Wegbau im 2024. Wir hoffen jetzt, dass wir im 2025 dieses Projekt weiterverfolgen können. Wir sind natürlich da klar darauf angewiesen, dass auch die Bundessubvention fliessen. Ein weiterer Grund ist der, dass seitens Bund, wir sind dem natürlich schon nachgegangen, dass der Bund einerseits etwas weniger finanzielle Mittel zur Verfügung und der Kanton gleichzeitig mehr Projekte am Laufen hat. Somit ist eigentlich klar, dass das nicht aufgehen kann. Der Kanton hat klar bestimmt, welche Projekte unterstützt werden im 2024 und wer einmal ein Jahr aussetzen muss. Danke, das ist alles.

Christian Sprecher: Danke, Peter. Gibt es weitere Informationen aus den Departementen?

Noldi Heiz: Jawohl. Geschätzte Anwesende, ich möchte noch zwei, drei Informationen zum Wärmeverbund geben. Wir hatten eine Sitzung bzw. einen Workshop über das weitere Vorgehen und die Analyse von diesen Lösungsansätzen, welche da im Raum gewesen sind. Da war ja die parlamentarische Energiekommission eingeladen und der Gemeindevorstand hat dann darauf entschieden, dass wir diese Wärmeverbandsituation gerne weiter vorantreiben wollen. Man hat gesagt, man möchte das mit einem Contractor machen. Man ist jetzt gerade in der Umsetzung einer Contractor-Ausschreibung, wo man schauen kann, wie man die angestrebte Cluster-Lösung eigentlich jemandem weitergeben kann. Ursprünglich waren vier Cluster geplant. Mittlerweile sind wir bei drei und jetzt folgt dann nachher die Ausschreibung für diese Contractor. Danke vielmals der parlamentarischen Energiekommission, dass sie sich da auch in diesem ganzen Prozess eingebracht hat.

Christian Sprecher: Danke, Noldi. Marc?

Marc Gisler: Ich hätte da auch noch gerne eine Frage dazu gestellt. Gibt es da irgendeinen Fahrplan, einen Zeithorizont wo man sagen könnte, wann das erste Haus an die Fernwärme angeschlossen wird? Es muss nicht auf den Monat genau sein, das Jahr reicht schon.

Noldi Heiz: Wir wissen es gibt einen wahnsinnigen Zeitdruck in dieser ganzen Geschichte. Grundsätzlich haben wir jetzt wirklich alle Grundlagen später auf dem Tisch. Das heisst, wo die Standorte sein könnten, wir haben dort eigentlich auch die Zusagen der Grundeigentümer schon. Ich sage jetzt mal der Fahrplan als solches wird natürlich auch Bestandteil sein von einem Contractor-Vertrag indem man sagen muss, wie er das dann umsetzen will, aber grundsätzlich, so wie wir das verstehen, ist jeder Contractor interessiert, so schnell wie möglich Energie abzuliefern, um Geld verdienen zu können, um das Netz weiter auszubauen. Bei dieser ganzen Analyse ergab sich, dass der Aufbau eines flächendeckenden Netzes etwa 20 Jahre braucht. Wenn aber die einzelnen Cluster aufeinander zugebaut werden können, dann

hoffen wir, dass man das schneller umsetzen kann. Schlussendlich muss die Umsetzung aber von so einem Contractor ausgehen.

Marc Gisler: Gibt es da irgendeine Information für die Bevölkerung zu diesem Thema?

Noldi Heiz: Wir sind übereingekommen, dass wir eigentlich dann so schnell wie möglich informieren wollen, wenn wir wirklich Fakten auf dem Tisch haben. Man hat ein bisschen gekämpft mit einem Vertrauensverlust beim letzten Ansatz, als man zu früh mit Informationen rausgegangen ist, die eigentlich am Ende des Tages nicht mehr standgehalten haben. Lass uns jetzt die Contractorauswahl machen und schauen, was hereinkommt und dann nachher würden wir gerne mit gegebenen Fakten informieren. Es ist auch ganz klar, dass jeder Contractor so schnell wie möglich wissen will, wo die grössten Abnehmer sind und ob sie sich anschliessen und mit welcher Energiemenge.

Marc Gisler: Danke, Noldi.

Christian Sprecher: Danke dir, Noldi. Dann ist hier Paul Schwendener der nächste auf der Liste. Er hat keine Informationen. Am Schluss ist noch Patric Iten dran. Auch er hat keine Informationen. Zu diesem Traktandum, Informationen des Gemeindevorstands habe ich noch eine kurze Bemerkung. Ich glaube, ich habe den Wink schon verstanden, dass der Gemeindevorstand froh und dankbar wäre, wenn die Parlamentsmitglieder allemal an diesen Bevölkerungsinformationen teilnehmen würden. Das wäre sicher auch sinnvoll. Das sehen vermutlich alle so. Ich habe da das Datum gesehen, den 18. April, da müsste ich jetzt eigentlich schon mal sagen, ich schaue Markus Lüscher an, es passt schon mal nicht. Es passt einfach nicht immer und ich muss einfach auch sagen, wir haben drei oder vier Parlamentssitzungen, wo wir Gelegenheit haben, zu diskutieren. Das ist nicht viel. Darum wäre mein Wunsch, ich weiss nicht wie es meine Kollegen sehen, dass wenn wir zusammenkommen, es aktuelle Informationen gibt, welche das Parlament braucht. Dass wir diese an diesen paar wenigen Sitzungen, welche wir haben, auch bekommen, unabhängig davon, wie viele Parlamentarier an einer Bevölkerungsinformation dabei sind. Ich werde mich aber bemühen zu kommen. Vielleicht kann ich meine Termine verschieben und meine Kolleginnen und Kollegen werden wohl auch versuchen zu kommen, aber es kann nicht sein, dass man sagt, es gibt jetzt im März keine Informationen, weil im April die Bevölkerungsinformation ist. Das ist also eine Bemerkung von meiner Seite.

Yvonne Altmann: Ja, also wir haben die Daten extra im letzten Herbst festgelegt. Wir haben das Datum extra schon lange festgelegt und diese Daten sind jeweils auch bei den Sitzungsterminen der Parlaments- und Gemeindevorstandssitzungen bereits aufgeschaltet und der 18. April ist bekannt und auch das Novemberdatum. Ihr habt drei bis vier Sitzungen, das ist richtig. Weil es halt so nahe aufeinander ist, haben wir uns das jetzt halt erlaubt, dass es vielleicht auch ein wenig eine Motivation ist. Selbstverständlich, im Juni, wenn keine Bevölkerungsinformation im näheren Zeitrahmen stattfindet, wird der Gemeindevorstand gerne über aktuelle Themen informieren. Es ist ja nicht so, dass wir heute keine Informationen gegeben haben und zum Beispiel kann ich über die Rechnung noch nicht informieren, weil der Gemeindevorstand diese noch nicht gesehen hat. Der Wink ist, glaube ich, angekommen. Vielleicht nützt es etwas, das wäre schön. Sonst wird sich der Gemeindevorstand schon auch noch Gedanken machen und wir sind ja nachher auch da für Fragen, falls ihr aktuelle Fragen habt, werden wir diese selbstverständlich auch nach 16:00 Uhr beantworten.

Christian Sprecher: Danke. Also das mit dem 18. April war schon unser Versäumnis, dass wir das nicht gecheckt haben. Ludwig hat sich gemeldet?

Ludwig Waidacher: Jetzt komme ich nicht ganz nach. Heisst das, ihr sagt uns etwas, das ihr wisst, nicht, weil diese Bevölkerungsinformation stattfindet? Dann hätte ich also schon Mühe mit unserem System. Wenn etwas Relevantes zurückgehalten wird, weil ihr uns indirekt zwingen wollt, dort mitzumachen, dann versteht ihr das System von unserem Parlament nicht.

Theoretisch möchten wir ja mit euch zusammengehen, aber so ein Kindergarten kann nicht sein. Ich hoffe es nicht, vielleicht sind es allgemeine Informationen, die für uns nicht relevant sind, dann gebe ich euch recht. Wenn es aber Sachen sind, die wichtig sind, dann können wir dieses Traktandum in Zukunft streichen und dann müssen wir euch halt ein wenig mehr mit Fragen und Aufträgen fordern. Wir können das Spiel auch kehren. Es ist immer ein Geben und Nehmen. Ich habe es immer so empfunden, dass wir das miteinander gehen, aber wenn ihr jetzt indirekt sagt, ihr müsst an diese Infoveranstaltung kommen, wenn ihr mehr wissen wollt, dann habe ich ein wenig Mühe mit dem System. Ich war ja immer einer, der gesagt hat, das Parlament bräuchte es theoretisch nicht mehr. Da war der Gemeindevorstand auch ein wenig zu feige, hat sich nicht getraut, wegen dem benötigten Mehr. Zu sagen wir müssen an diese Bevölkerungsinformation kommen, ist nicht ganz kohärent. Ich hoffe es ist nicht so, wie ich es verstanden habe und dass ihr uns nichts Wichtigeres nicht sagen wollt. Wir können auch anders, behaupte ich. Wir können euch auch etwas mehr fordern. Ausbaden müssten es dann Jan Diener und die Verwaltung. Da habe ich jetzt Mühe, aber vielleicht habe ich es auch falsch verstanden.

Yvonne Altmann: Ich gebe dir gerne eine Antwort darauf, Ludwig. Wir verheimlichen euch gar nichts. Wir sind auch da, wenn Fragen kommen. Es ist nicht so, dass wir jetzt Sachen haben, die brennen und über die wir nicht informieren. Wir waren immer transparent und das wisst ihr und es ist uns einfach wichtig, dass wir diese Informationen gut platzieren können und es ist uns wichtig, dass man sich ein Datum vielleicht künftig auch einschreibt, wenn wir diese Sitzungspläne verschicken. Dem einen oder anderen ist das vielleicht nicht so aufgefallen, dass es für unsere Gemeinde wirklich wertvoll ist, wenn wir diesen Austausch haben. Ludwig, ich kann mit gutem Gewissen sagen, wir verheimlichen euch ganz sicher nichts.

Christian Sprecher: Gut, danke. Bruno?

Bruno Preisig: Ich habe eigentlich eine Frage an Yvonne bezüglich Busbetrieb. Man hat ja einmal diskutiert, dass man einen Kurs im Tal unten machen will. Es war ja immer ein bisschen das Problem, wo diese Busse kehren und machen können. Das war in dieser Ausschreibung eigentlich nicht mehr drin, es gab aber einmal lange Diskussionen, da man das eigentlich wollte. Aber so wie ich es jetzt gehört habe, ist es wahrscheinlich einfach der Ortsbus, den man gewünscht hat. Man wollte damit ja auch diese speziellen Kindersitze umgehen, welche man gebraucht hätte und deshalb hat man damals begonnen, das ein wenig zu verfolgen.

Yvonne Altmann: Ja, also das ist richtig, das hast du richtig eingeschätzt, es ist der Ortsbus, aber auch der Schulbus. Der Schulbus von Pfosi Bus ist ein neuer Bus, der mit diesen Kindersitzen und allem ausgestattet ist. Weitere ÖV sind nicht angedacht, wobei wir solche ja eigentlich zum Teil haben, wie ihr sicher alle mitgekriegt habt. Die RhB hat uns ja gewisse Kurse gestrichen, wobei wir gute Lösungen mit ihnen finden konnten. So werden doch die einen Züge am Freitagabend wieder eingesetzt.

Zudem werden am Morgen auch diese Rufbusse von Molinis und Lünen angeboten. Das hat man erreicht, aber weitere ÖV sind nicht angedacht.

Christian Sprecher: Danke, ich würde gerne dieses Traktandum jetzt verlassen. Wir haben ja noch die Fragestunde, wo man allenfalls Fragen stellen kann. Wir kommen zum Traktandum Hängige Aufträge / Anfragen.

5. Hängige Aufträge / Anfragen

Christian Sprecher: Ich habe hier eine Pendenzenliste mit hängigen parlamentarischen Aufträgen vor mir. Einerseits geht es dabei um die Netzabdeckung entlang der RhB-Strecke. Dann sind hier diese Algen im Obersee und im Untersee, der Auftrag Tempo 30 und der Auftrag Verkabelung der Freileitung Medergen-Sapün. Wem darf ich das Wort zu diesen hängigen Aufträgen geben? Peter Bircher?

Peter Bircher: Der Auftrag mit diesen Algen verfolgt mich seit x Jahren. Ich habe es das letzte Mal schon gesagt, wir sind auf gutem Weg. Wir haben mit einer Firma AquaPlus AG aus Zug wirklich eine namhafte Unternehmung gefunden, die sich jetzt dieser Algen annimmt. Das heisst, man muss auch Wasserproben aus dem Obersee nehmen und es ist geplant, diesen Frühling anzufangen. Wir haben bestimmt, dass seitens der Gemeinde Arosa der Werkmeister sie da tatkräftig unterstützen wird. Man muss da fast im Zweiwochenrhythmus die Qualität prüfen, damit dann auch die richtigen wissenschaftlichen Schlüsse gezogen werden können. Ich bin guter Hoffnung, dass wir da einen Schritt weiterkommen. Was aber nicht klar ist, ist ob man da nachher auch eine nachhaltige Lösung finden wird. Die Problematik ist weitherum bekannt. Es ist nicht nur in Arosa so. Ich denke der Ansatz ist nach wie vor in Ordnung, dass wir das versuchen. Darum habt ihr auch diesen Nachtragskredit gesehen. Das ist der eine Punkt und der andere Punkt ist, dass wir auch im 2024 diese Kosmetik betreiben und die Algen mechanisch entfernen werden.

Christian Sprecher: Danke für die Auskunft, Peter. Weitere Wortmeldungen zu den hängigen Aufträgen?

Patric Iten: Ja also wenn Peter sagt, diese Algen verfolgen ihn schon lange, dann verfolgt uns auch das Tempo 30 schon länger. An der letzten Parlamentssitzung haben wir ja eine Konsultativabstimmung gemacht und 13:1, oder was weiss ich, ist eigentlich gefordert bzw. abgestimmt worden, dass man für Tempo 30 ist. Wir haben dann in der Zwischenzeit noch ein, zwei Abklärungen getroffen. Das eine, das wir noch wissen wollten, ist, wie dieses Abbremsen von 80 auf 30 stattfindet. Da wird jeweils noch eine 50er-Zone eingeschaltet. Also 80 auf 50 auf 30. Diese 50er-Zonen, sind nur zwischen 20 und 30 Meter lang. Man kann also nicht einfach ausrollen, muss trotzdem relativ stark abbremsen. Was dort noch dazukommt, ist, dass alles was 50 ist im Tal, gilt als innerorts. Und innerorts fällt der Unterhalt unter die Zuständigkeit der Gemeinde. Da sind wir jetzt noch am Schauen, was dann die Kosten sind und werden dann trotz all dieser Diskussionen die jetzt auch stattfinden und stattgefunden haben, im National- und Ständerat, diesen Antrag dann einreichen. Ihr habt es vielleicht mitbekommen. Auf verkehrsorientierten Strassen wird plötzlich wieder weniger Tempo 30 gefordert. Die Kantonsstrassen und eigentlich alle Strassen um die es hier geht, auch die Strasse durchs Schanfigg, sind verkehrsorientierte Strassen. Eben, man fordert wieder weniger Tempo 30, aber trotz all dieser Diskussionen, werden wir diesen Antrag in den nächsten paar Wochen

einreichen. Dies, sobald wir wissen wie hoch die Kosten sind, die aufgrund des Unterhalts der neuen Innerortsabschnitte auf uns zukommen.

Christian Sprecher: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen zu den hängigen Aufträgen? Das ist nicht der Fall. Wir sind beim Traktandum Hängige Aufträge / Anfragen. Hat jemand eine hängige Anfrage? Sonst würden wir dieses Traktandum verlassen und kämen zum Traktandum Aufträge und Anfragen. Wem darf ich hier als erstes das Wort geben? Bruno?

6. Aufträge / Anfragen

Bruno Preisig: Ja, ich habe eine Anfrage gestellt, wegen der Totalrevision der Ortsplanung. Da geht es ja darum, dass wenn man auf der Homepage nachsieht, in vielen Ortschaften sogenannte Wohn-, Misch- und Zentrumszonen (WMZ) zur Überarbeitung zurückgewiesen wurden und der Gemeindevorstand nochmals über die Bücher gehen muss. Wir haben die Stellungnahme des Gemeindevorstands erhalten, besten Dank dafür. Ich will einfach sagen, wir müssen vielleicht ein bisschen aufpassen, dass wir da draussen nicht zu viel auszonen, weil in den Dörfern draussen kann man nicht mehr weiter verdichten. Aufstocken können wir unsere Häuser auch nicht, da die meisten geschützt sind. Also brauchen wir Bauland.

Gerade z.B. in Molinis ist oberhalb des Schwagers von Peter Bircher eine Parzelle drin, die sich in einer WMZ befindet. Erstens muss ich sagen, wir haben wenig Sonne in Molinis, aber dort hast du das ganze Jahr über ein wenig Sonne und es ist ein relativ ebener Boden. Wenn ich sehe wo der Wildhüter beim Pagigerstübli in Pagig gebaut hat, glaube ich, die Jungen könnten das nicht stemmen.

Diese Hangsicherungen und alles, die man dort gemacht hat, das erzeugt enorme Kosten. Also ich bin der Meinung man sollte nicht unbedingt Boden auszonen, der relativ einfach zu bebauen wäre und allgemein nicht zu viel auszonen. Natürlich kann man wahrscheinlich sagen, wenn einer in Lünen oder Molinis bauen möchte, kann man wieder Boden einzonen, aber das geschieht nicht von heute auf morgen. Wenn wir dann nichts mehr bauen können in Molinis, dann erhalten wir auch keinen Zuwachs mehr. Ich bin froh, dass ich noch Bauland für meine Jungen kaufen konnte, damit diese bauen können. Aber sonst, wenn wir kein Bauland mehr haben, bekommen wir auch keine Leute mehr ins Dorf. Aber für das Schreiben, die Antwort, möchte ich mich bedanken.

Yvonne Altmann: Dazu würde ich gerne etwas sagen. Wir sehen das gleich wie Bruno. Der Gemeindevorstand hat ja diese 40 Baulandparzellen, welche jetzt zur Überarbeitung zurückgewiesen wurden, an die Urne gebracht. Die Aroser Stimmbevölkerung hat unseren Vorschlag mit 60 % Ja-Stimmen angenommen. In dieser Form ging er dann zur Regierung, welche uns dann den Auftrag gab, die genannten Parzellen, welche auch auf der Homepage ersichtlich sind, nochmals zu überarbeiten. Wir haben das dann mit zwei sehr erfahrenen Rechtsanwälten nochmals abgeklärt, um unsere Chancen zu erörtern, um diese Parzellen als Bauland zu belassen. Der Gemeindevorstand hat dann beschlossen, daran festzuhalten was man damals vors Volk gebracht hatte. Das schliesst diese 40 zur Überarbeitung zurückgewiesenen Parzellen ein. Diese wurden unter Beizug des Planungsbüros nochmals technisch analysiert und kategorisiert. Wir haben ein ganzes Projekt gemacht, in dem man die betroffenen Parzellen in A, B und C kategorisiert hat. A bedeutet, dass man kann dort Baubewilligungen erteilen und man bauen kann. B bedeutet, dass man bauen kann, aber man muss es mit dem Ortsplaner und mit uns

nochmals betrachten, ob je nachdem noch ein Teil der Parzelle ausgezont werden kann. Unter Umständen ist man sogar froh, wenn man zur Erreichung der Ausnützung von 80 % und der entsprechenden Überbauungsziffer einen Teil auszonen kann. Auch im B kann man bauen und wir haben das mit der Regierung abgeklärt, wir können Bewilligungen erteilen. Bei der Kategorie C ist auch der Gemeindevorstand der Meinung, dass man es sehr gut begründen müsste, wenn man dort eine Baubewilligung erteilen wollte. Was wichtig ist, wir haben sämtliche 40 Inhaber dieser Parzellen schriftlich informiert, wir haben auch Sprechstunden abgehalten, diese Leute sind also informiert. Wenn ihr diese Tabelle betrachtet, seht ihr, dass die Grossgemeinde Arosa vor dem Regierungsbeschluss pro Einwohner 64 m² Baulandreserve hatte. Alle Ortschaften, welche grün markiert sind, hätten auch ohne Fusion nicht auszonen müssen. Die roten, die orangen und die gelben hingegen schon. Schlussendlich sind wir jetzt aber eine Grossgemeinde, die miteinander vorwärts gehen will. Wir haben eine 14-köpfige Planungskommission, die in jeder Ortschaft noch Bauland-Reserven haben will. Darum seht ihr auf der rechten Seite die Flächenreserve heute, zum Beispiel die Ortschaft Arosa mit noch 33 m² und dann könnt ihr weiter runtergehen und da haben wir bereits in Langwies immer noch 81 m². Das hat damit zu tun, dass in Langwies einige Baulandparzellen auch durch Strassen erschlossen sind, was es natürlich für uns dann schwieriger macht, sie auszuzonen, weil dann entsprechend Entschädigungsbedarf besteht. Ihr seht so vielleicht ein wenig, wie diese ganze Totalrevision aufgebaut ist. Der Auftrag von Seiten dieser 14-köpfigen Planungskommission war, dass in jeder Ortschaft noch Baulandparzellen existieren sollen. Die einen, wie z.B. Calfreisen, haben nur noch 20 m² mehr. Das hat damit zu tun, dass man eine Parzelle nicht einfach halbieren kann. Wir haben wirklich geschaut, dass in jeder Ortschaft mit Entwicklungspotenzial noch Bauland vorhanden ist, auch wenn, wie du es erwähnt hast, z.B. in Molinis, nicht mehr viel vorhanden ist. Wie gesagt, es ist das, was uns auferlegt wurde und nicht das, was wir wollten. Immerhin können wir von diesen 21 Hektaren, welche wir hätten zurückzonen müssen, 10 Hektaren behalten. Davon sind 4 Hektaren zur Überarbeitung zurückgewiesen worden, was bedeutet, dass wir noch besser argumentieren müssen. Aber es ist nicht so, dass man auf diesen Parzellen, welche du erwähnt hast, nicht bauen kann.

Paul Schwendener: Wie Yvonne bereits gesagt hat, ist das kein Akt der Freiwilligkeit, dass wir diese 40 Parzellen nochmals zur Diskussion stellen. Der Kanton verlangt das von uns. Ich gebe dir recht, dass wir in den Gemeinden draussen nur noch sehr wenig Baulandreserven haben. Die Baulandmobilisierung wollten wir ja im Rahmen des Baugesetzes nicht, das heisst, je nachdem, wem diese Parzellen gehören, sitzen diese einfach dort drauf und diese sind dann unter Umständen unverkäuflich. Das heisst, unsere kleinen Gemeinden bzw. Fraktionen sind blockiert.

Auf der anderen Seite haben wir Ortsbildschutz, der uns natürlich auch einschränkt, wenn wir irgendwelche Dachgeschosse ausbauen und Dachfenster oben rein machen wollen. Ich habe das in Calfreisen erlebt, wo man es schlussendlich durchgebracht hat. Ich habe schon auch meine Mühe damit, dass wir auf der einen Seite kaum noch Bauland zur Verfügung haben und auf der anderen Seite, wenn es darum geht, bestehende Kubaturen besser zu nutzen, wir da Schwierigkeiten mit dem Ortsbildschutz und der Denkmalpflege bekommen.

Das Raumplanungsrecht, wie es jetzt in diesen kleinen Gemeinden, in den Berg- und Randgebieten vollzogen wird, zementiert unter Umständen sogar diese negative Entwicklung der Bevölkerungszahlen, weil selbst wenn Leute gewillt wären, hier hinzuziehen und zu bauen, würde dies durch fehlendes Bauland verunmöglicht. Das

ist sehr bedauerlich, aber das haben wir nicht selber bestimmt. Das ist Bundesrecht, wo man irgendwann einmal in der Masse der Bevölkerung dazu Ja gesagt hat.

Christian Sprecher: Danke für diese Auskunft. Weitere Wortmeldungen unter Traktandum Aufträge / Anfragen? Reto?

Reto Thomas Ruoss: Geschätzte Anwesende, ich würde gerne einen Auftrag erteilen und zwar Steuerfuss ab 2025. Inhalt des Auftrags: "Der Gemeindevorstand wird beauftragt für die Steuerperiode 2025 eine Reduktion des aktuellen Steuerfusses von 90 % zu prüfen. Anzustreben ist ein Steuerfuss von höchstens 80 Prozent oder tiefer. Der Antrag auf Steuerfussreduktion ist mit dem Budget 2025 dem Parlament vorzulegen." Zur Begründung kann man folgendes ausführen: für die Steuerperiode, die wir jetzt haben, haben verschiedene Gemeinden Reduktionen des Steuerfusses bereits umgesetzt. Die Übersicht der Steuerfüsse 2024 der Bündner Gemeinden zeigt, dass Arosa im Vergleich mit den anderen Tourismusorten hinterherhinkt. Praktisch flächendeckend tiefer sind die Gemeinden im Oberengadin und teilweise auch im Unterengadin. Celerina 50 %, St. Moritz 55 %, Pontresina 75 %, La Punt Chamues-ch 49 %, Zuoz 65 %. Aber auch die näher liegenden Konkurrenten von Arosa sind zum Teil massiv besser: Laax 40 %, Flims 60 %. Falera 65 %, Vaz/Ober vaz 70 %, Klosters 78 Prozent. Die einzige negative Ausnahme ist Davos mit 95 %. Um da mitzuziehen ist eine Anpassung nach unten für Arosa notwendig und richtig. An der letzten Budgetsitzung ist der Antrag auf Reduktion des Steuersteuerfusses mit dem Argument abgelehnt worden, er sei zu kurzfristig eingebracht. Es bestehe keine Möglichkeit, dies medial und marketingmässig zugunsten von Arosa auszuschlachten. Mit der Einreichung dieses Auftrags bereits heute, wird diesem Anliegen Rechnung getragen. Es besteht genügend Zeit, die notwendigen Abklärungen bis zur Budgetsitzung vom Parlament vorzunehmen und die Stossrichtung auch zugunsten von Arosa publik zu machen. Die Reduktion des Steuerfusses auf 80 Prozent oder sogar tiefer ist auch sachlich gerechtfertigt. Mit der Ablehnung des Projekts Wätterweid bleiben die Verschuldung von Arosa und damit der Zinsendienst in einem komfortablen Bereich. Mit dem Abschluss der Neubewertung der Liegenschaften werden die Liegenschaftsteuern sowie die Vermögenssteuern ab 2025 weiter ansteigen. Auch wenn die Frequenz der Handänderungen abnehmen sollte, ist das Preisniveau in Arosa sehr hoch, was bei jedem Geschäft sehr hohe Handänderungs und Grundstückgewinnsteuern erwarten lässt. Arosa kann sich die Steuerfussreduktion leisten und damit seine Attraktivität auch in diesem Bereich steigern. Die Frist für die Wiedervorlage gemäss Artikel 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung wäre die Parlamentssitzung vom 27.06.2024.

Christian Sprecher: Danke Reto. Ich möchte dem Gemeindevorstand Gelegenheit geben, Stellung zu nehmen zu diesem Antrag.

Yvonne Altmann: Ja, danke vielmals für diesen Antrag. Gut argumentiert. Das einzige Argumentarium, welches ich nicht wahrnehme, ist dasjenige bezüglich Wätterweid. Es hätte die Gemeindekasse nicht belastet, sondern wäre aus dem Lenkungsabgabentopf gespiesen worden. Es ist so, dass wir auch dieses Jahr wieder ein gutes Jahr hatten. Wir hatten im 2023 einen erfreulichen Cashflow und die Prüfung einer Steuersenkung wird für den Gemeindevorstand ganz klar ein Thema sein. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir als Gemeinde attraktiv sein können und mit einem attraktiven Steuerfuss haben wir neue Möglichkeiten, die Leute bei uns behalten zu können oder neue anzusiedeln. Es ist so, dass wir aber auch sehr viele Investitionen haben. Und eine Investition liegt bei uns intern vor. Wir haben vor allem bei den Wasser-Reservoirs in den Talortschaften rund CHF 38 Millionen, welche auf

uns zukommen werden. Wir haben in der ARA unten rund CHF 18.5 Millionen die in den nächsten 10 Jahren angepackt werden müssen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wenn wir eine Steuerfussenkung machen, wir diese in den nächsten 10 Jahren auch halten können. Ich glaube, es macht keinen Sinn, wenn wir jetzt auf 75 % oder 80 % runtergehen und dann in einem Jahr, oder zwei, oder drei Jahren müssen wir wieder erhöhen. Wie gesagt, ich finde die Argumentation gut. Wir haben diese Gedanken im Gemeindevorstand auch und wir werden mit einem guten Antrag an der Budgetversammlung aufwarten. Wir werden auch die Investitionen hineinnehmen, um auch aufzeigen, wo wir sehen, dass es Sinn macht und es auch langfristig mit einem guten Steuersatz funktioniert.

Wie du erwähnt hast, mit diesen 50-60 %, ja das wäre natürlich wunderbar, wenn wir das machen könnten. Dann wären wir wirklich attraktiver gegenüber anderen Ortsgemeinden. Man muss sich aber schon auch bewusst sein, dass bei der Fusion vor 11 Jahren, als die Ortschaft Arosa schon 90 % hatte, die Talortschaften teils Steuerfüsse von 120-130 % hatten. Somit sind wir mit diesen 90 % auf einem guten Level und was mir als Gemeindepräsidentin auch wirklich wichtig scheint, ist die Tatsache, dass wir der nächsten Generation keinen Schuldenhaufen übergeben. Wir können stattdessen mit gutem Gewissen sagen, dass wir Schulden abbauen konnten. Das habe ich euch an der letzten Parlamentsitzung gezeigt und es sieht auch jetzt wieder gut aus, dass wir Schulden abbauen können. Der Gemeindevorstand wird sich damit befassen, ob eine Steuersatzreduktion möglich ist. Man soll nicht den Einwohnern mehr Geld als nötig zum Sack herausnehmen, denn wenn den Einwohnern mehr Geld bleibt, dann wird auch mehr investiert. Es geht mehr in die Wirtschaft und das ist sicher auch ein Gedanke der FDP, die ja doch auch mit drei Leuten im Gemeindevorstand vertreten ist. Ich würde mich freuen, wenn ihr uns das Vertrauen schenken würdet, dass wir an der nächsten Budgetsitzung mit einem Antrag kommen werden.

Christian Sprecher: Danke Yvonne. Ludwig?

Ludwig Waidacher: Verehrter Präsident, geschätzte Anwesende, Yvonne hat es gut ausgeführt. Ich glaube Arosa ist halt als Fusionsgemeinde ein wenig ein Spezialfall. Es ist nicht einfach, eine grössere Fusion zu bewerkstelligen. Vor allem auch finanziell sind immer Lasten vorhanden, welche man bewältigen muss. Auf der anderen Seite sage ich aber auch, wie es Reto gesagt hat, der Steuerfuss ist ein wenig ein Qualitätssiegel eines Ortes. Ihr arbeitet gut und habt bisher die Kosten auch im Griff gehabt, glaube ich.

Ich bin natürlich eher liberal, ich habe an der letzten Sitzung im November schon gesagt, dass der Staat nicht zu viel Geld auf Vorrat haben sollte. Wir haben gerade bei den Infrastrukturen grössere Ausgaben, welche auf uns zukommen werden, seien es Strassen, sei es Wasser. Auf der anderen Seite glaube ich, wir haben eine relativ gute Rechnung hinbekommen und die zu erwartenden Mehreinnahmen werden kommen, gerade mit diesen Neuschätzungen. Deshalb möchte ich appellieren, dass das wirklich seriös geprüft wird, weil wo wir wirklich ein grösseres Problem haben, nicht nur in Arosa, wir müssen schauen, dass gerade die jüngeren bereit sind, etwas mehr Risiko einzugehen. Wenn ich weniger an die Allgemeinheit zahlen muss, gehe ich vielleicht ein bisschen mehr Risiko ein. Wir machen viel Gutes, aber wenn man durchs Dorf geht, sieht man immer noch viele leerstehende Geschäfte, weil keine Geschäftsübergaben stattfinden. Da müssen wir schauen wie wir junge, bzw. allgemein Leute animieren können, privat Risiken einzugehen. David hat es in seinen Voten auch gesagt, wir brauchen die Kleinen, die etwas machen. Ich

meine es ist schön, wenn der Staat beim Hochwang helfen kann, aber es ist eine Qualität die man in der Schweiz hat. Man kann nicht immer alles vom Staat erwarten und muss die Probleme auch mal selber lösen. Wenn man die Steuern senken will, seid ihr ein wenig gefordert, manchmal etwas härter zu sein und es die Privaten selber versuchen lassen. Dafür kann man die Privaten steuerlich etwas entlasten, damit sie es versuchen. Aber diesen Aspekt müsst ihr, glaube ich im Hinterkopf haben. Es ist auch klar, dass wir nicht so tief runter können, wie im Engadin, da bin ich eurer Meinung. Aber wir sind jetzt doch schon lange auf diesen 90 % und ich glaube, wir könnten uns da einen Ruck geben, im Sinne eines Qualitätsziels der Gemeinde Arosa.

Christian Sprecher: Danke. Noch einmal kurz zurück an den Vorstand, wenn Bedarf da ist. Nein? Dann Reto zuerst und dann Markus.

Reto Thomas Ruoss: Ja, verehrte Anwesende. Ich glaube, dieser Auftrag geht eigentlich in dieselbe Richtung wie der Vorschlag des Gemeindevorstands, hat aber eine zusätzliche Qualität. Wenn wir den Auftrag erteilen, dann werden wir in der nächsten Parlamentssitzung bereits Argumente bekommen, warum es in die eine oder in die andere Richtung geht. Wir werden dann auch schon die Jahresrechnung haben. Wir werden dort sehen, was im vergangenen Jahr gelaufen ist. Und wenn wir das erst wieder im November bekommen, dann sind wir einfach in dieser Diskussion, von mir aus gesehen, wieder relativ spät.

Ludwig hat es angetönt, es geht eigentlich darum, dass man dem Staat, ich habe es heute auch schon einmal gesagt, das Geld gibt, das er braucht, aber nicht mehr. Und ich glaube, es ist wichtig, dass man vor allem auch die Steuerzahlenden in eine komfortable Situation bringt und wir wissen, die Teuerung hat zugeschlagen und die Teuerung schlägt auch weiterhin zu, wenn auch vielleicht nur in einem kleineren Bereich. Man sollte aus diesen Gründen auch den Steuerpflichtigen mehr Geld im Portemonnaie lassen. Jetzt kann man sagen, ja, die Geringverdienenden haben wenig von dem, das ist richtig. Das sind aber auch nicht die, die den grossen Brocken beitragen. Ich will einfach kurz sagen, um was es eigentlich geht, beziehungsweise von welchen Beträgen man redet. Die Einkommenssteuern wurden budgetiert mit CHF 6.5 Mio., die Vermögenssteuern mit CHF 2.8 Mio. die Quellensteuern mit CHF 1 Mio. und dann kommen noch die Kapital- und die Gewinnsteuern der juristischen Personen über CHF 1 Mio. dazu. Dann haben wir noch eine Aufwandbesteuerung von CHF 500'000.-, das heisst, insgesamt haben wir für das 2024 CHF 11.8 Mio. allgemeine Steuereinnahmen budgetiert.

Wenn wir jetzt auf 80 % runtergehen würden, dann gäbe das einen Betrag von CHF 1'311'111.- weniger Steuereinnahmen im 2025, als man es jetzt im 2024 budgetiert hat. Das ist von mir aus gesehen verkräftbar und durch Mehreinnahmen, welche beispielsweise auch die 13. AHV-Rente bringen wird, werden die Einnahmen angekurbelt. Wir haben viele Rentner in Arosa. Die Neuschätzungen der Liegenschaften werden zusätzliche Sondersteuern generieren. Das alles spricht dafür, dass man sagt, wir wollen, dass das mit einem Auftrag geprüft wird. Wir sind uns einig, das Stimmvolk und die Parlamentarier sind ja vernünftig. Das heisst, wenn die Steuern nicht reichen, wenn es heisst, jetzt haben wir wirklich strukturell ein Problem und wir müssen wieder von diesen, von mir aus gesehen, 80 % wieder auf 85 % oder 90% rauf, dann wird man das auch durchbringen können. Man wird diese Zustimmung bekommen, damit man diese Ausgaben auch decken kann. Aber jetzt ist, glaube ich, der Zeitpunkt gekommen, dass man den Steuerpflichtigen mal etwas

gibt, damit man nicht ständig nur nimmt, sondern eben auch mal etwas zurückgibt. Danke.

Christian Sprecher: Danke. Jetzt noch Markus.

Markus Lütscher: Geschätzte Anwesende, wir waren uns ja schon im Herbst einig, dass wir den Steuersatz reduzieren wollen. Yvonne hat es schon angetönt, das Aufgabenspektrum, welches wir als Gemeinde haben, hat sich unterdessen auch nicht geändert und es ist immer noch herausfordernd. Und wenn man das mit den anderen Gemeinden richtig vergleichen will, dann muss man auch als Basis nehmen, dass die Aufgaben von diesen einzelnen Gemeinden nicht immer die gleichen sind. Man kann eine Gemeinde nicht allein über den Steuerfuss vergleichen.

Ich will auch hervorheben, dass die meisten Gemeinden welche erwähnt wurden, keine Fusionsgemeinden sind. Und wenn wir jetzt ein Beispiel herausnehmen, Klosters, das eine Fusionsgemeinde ist, hat 1000 Einwohner und besteht aus zwei Fraktionen. Wir haben sieben Fraktionen zu bewirtschaften und haben 1000 Einwohner weniger. Wie will man denn so sehen, wie die Aufgaben und Lasten verteilt sind? Wir haben ein grosses Gemeindegebiet im Berggebiet mit viel teurer Infrastruktur. Da sind wir immer noch gefordert und es hat einen grossen Bedarf auf dem gesamten Gemeindegebiet. Wir waren uns das letzte Mal ziemlich einig und es sind auch entsprechende Voten gefallen, dass wir noch niemanden gewonnen und noch niemanden verloren haben wegen den Steuern. Da müssen wir uns schon bewusst sein, dass wir ins Extreme gehen müssen, wenn wir dort die Schraube stärker anziehen wollen. Wir wollen keinen Steuerwettbewerb haben.

Und wenn man jetzt schon eine Steuersenkung will, das ist ja da angesprochen worden, dann möchten wir ja im Prinzip einen positiven Effekt auslösen. Das heisst, entweder kommen Leute hierher wegen dem Steuerfuss und dann gewinnen wir etwas, oder wir verhindern, dass das Gewerbe oder irgendwelche andere Institutionen abwandern. Das ist ja auch nicht der Fall, wenn wir den Steuerfuss jetzt runter auf 60 % oder sogar noch weiter runter setzen. Das gibt keinen positiven Hebeleffekt, den wir eigentlich auslösen sollten. Wir können nicht einfach nur Geld verschenken.

Ich möchte gerne auch noch ein paar einzelne Punkte aufgreifen, die eigentlich die Attraktivität von diesem Ort auch ausmachen. Da ist ja das Gesundheitswesen. Das Gesundheitswesen, das wisst ihr auch, es ist nicht nur in Arosa so, es ist in der ganzen Schweiz so, die Demografie zeigt in die falsche Richtung und die Kosten steigen auch immer weiter und der Anteil der Gemeinde wird auch weiter steigen. Da können wir jetzt nie auf eine schwarze Null hoffen, es wird ein schwieriges Geschäft bleiben. Es ist ein Kriterium von den Leuten die hier wohnen, das heisst, für den Einheimischen, den Touristen und für den Zweitwohnungsbesitzer, dass wir ein gutes Gesundheitssystem mit guten Serviceleistungen anbieten können. Das ist das, was uns attraktiv macht. Es gibt einige Zweitwohnungsbesitzer, welche ihre Schriften nach Arosa genommen haben. Dies nicht nur wegen der Steuern, sondern dass wir ein gutes Angebot im Gesundheitswesen haben, wird, gerade für Pensionäre, ein zunehmendes Argument. Nehmen wir jetzt als Beispiel noch den Hochwang. Das letzte Mal an der Budgetdebatte haben wir die CHF 160'000.- relativ locker und ohne komplizierte Diskussionen gesprochen. Das muss man sich ja dann auch leisten können. Wir haben Reserven, um solche Sachen finanzieren zu können und es soll auch das Ziel sein, dass man dem Hochwang, wie wir es jetzt vorher beschlossen haben, diese Chance auch gibt. Das wird auch noch viel Geld kosten. Wir hoffen eben, wie wir es schon angesprochen haben, dass sich das entsprechend entwickelt.

Das heisst nachhaltig, dass sich auch der Sommertourismus besser etabliert am Hochwang und durch das haben wir dann auch wirklich eine Wertschöpfung. Dann kommt noch das andere. Wenn das mit dem Hochwang nochmals in die Hose geht, dann stehen wir dann vor der Aufgabe des Rückbaus dieser Liftanlagen. Das ist dann auch noch ein nicht abschätzbarer Posten, den es zu vergegenwärtigen gilt. Da können wir dann nicht noch Schulden aufnehmen, damit wir dort noch aufräumen können.

Dann noch zum Thema Landwirtschaft. Da hat man so viel investiert in die alpine Wasserversorgung, in die Infrastruktur der Alpen. Wir haben ein grosses Alpgebiet und der Investitionsbedarf ist immer noch da. Dem müssen wir auch etwas Rechnung tragen. Wir haben auch schon sehr viel Geld in die Meliorationen investiert und eine grosse Melioration ist noch in Planung. Dort wird sich die Gemeinde mit einem sehr grossen Betrag, einem Millionenbetrag, beteiligen müssen, obwohl natürlich vom Bund her schon sehr viel subventioniert ist. Also das muss man sich auf die lange Perspektive einmal vor Augen führen. Die Wätterweid kommt jetzt nicht, aber wir haben noch andere Projekte, das BlueWave, Rathaus und das Haus EWA, weswegen ich eine Anfrage gestellt habe.

Das sind Investitionen, welche auch noch auf uns zukommen werden und wir wollen ja Wohnraum schaffen mit günstigen Mieten, Personalwohnungen und so weiter. Da haben wir schon auch noch grosse Projekte, welche auf uns zukommen, die finanziert werden wollen und wo das Kapital vorhanden sein muss. Das ist nicht zu unterschätzen. Wenn man dann schon Geld zu verschenken hat, dann bitte auf soziale Art und Weise, meine Damen und Herren. Es kann ja nicht sein, dass man jetzt zum Beispiel bei der Kinderbetreuung den Budgetposten kritisiert. Da kann man doch auch dort ein wenig grosszügig sein, auch wenn das andere als Steuergeldverschwendung anschauen. Ich meine, gerade Familien, welche jetzt mit dem starken Kostenanstieg Mühe haben wirtschaftlich zu überleben, sind doch froh, wenn die Frau oder der Ehepartner noch zusätzlich arbeiten gehen kann. Es gibt auch die, welche nicht gezwungen sind, noch weiterhin arbeiten zu gehen, oder die zusätzlich arbeiten gehen wollen. Wenn wir ein gutes Kinderbetreuungsangebot haben, bei dem wir uns auch etwas mehr leisten können, dann haben wir auch die Situation, dass mehr Einkommen generiert wird, mehr Wertschöpfung entsteht und dann haben wir noch eine Mobilisierung von Arbeitskräften, die zusätzlich unseren angespannten Arbeitsmarkt entspannt. Ich komme nochmal darauf zurück, was ich an der letzten Parlamentssitzung gesagt habe. Die kleineren Einkommen bei den Gemeindemitarbeitenden sollen gestützt werden. Wenn wir die Situation haben, dass wir Geld ausgeben wollen, dann geben wir es sozial aus und geben es denen, die es nötig haben und nicht den Reichen noch mehr schenken. Es ist klar, dass diese natürlich den grösseren Profit von dieser Steuersenkung haben.

Ein wichtiges Argument ist schon mal gesagt worden, das ist wegen der Verschuldung. Wir haben eine Verschuldung, die schon ziemlich stark abgebaut worden ist, aber es ist immer noch genügend Verschuldung da. Darum sollten wir eigentlich immer noch die Hand draufhalten um da weiterzumachen. Und zwar aus folgendem Grund: Wir haben immer noch eine tendenzielle Abnahme der Bevölkerung. Wir haben immer noch die Situation, dass Handwerksbetriebe zum Teil keine Nachfolger haben, diese Betriebe werden eingehen, diese Betriebe werden keine Mitarbeiter mehr haben, diese Betriebe werden aus dem Unterland ersetzt. Diese Dienstleistungen werden ersetzt, das ist kein Problem, aber es sind Firmen, die nicht mehr hier domiziliert sind und auch hier nicht mehr Steuern bezahlen. Diese Entwicklung hat in einzelnen Branchen schon ziemlich stark stattgefunden. Das wird

wahrscheinlich, die Tendenz zeigt leider in diese Richtung, sich auch so weiterentwickeln. Wenn wir jetzt weniger Leute sind und weniger Gewerbe da ist, steigt doch die Verschuldung pro Kopf, wenn man nicht laufend weiter Schulden abbaut. Da bin ich der Meinung, sind wir einfach noch etwas früh dran, um anzufangen nachlässig zu werden. Vielmehr soll der Schuldenabbau konsequent weitergeführt werden.

Ein weiterer Punkt ist ja, dass wir Parlamentarier die Verantwortung haben, zu überwachen, ob der Vorstand mit dem Geld haushälterisch umgeht. Wir sind aber auch in der Verantwortung, dass das mit den Einnahmen noch stimmt. Dass die Gemeinde handlungsfähig bleibt und weiterhin die nötigen Investitionen tätigen kann. Jemand der eine gute Einschätzung der Finanzen machen und diese gut beurteilen kann, ist unsere GPK. Ihr wisst alle, wir haben hervorragende Leute in der GPK und ich habe mir erlaubt, diese Frage bezüglich Sinn von Steuersenkungen, an die GPK zu stellen. Die GPK empfiehlt momentan keine Steuersenkungen vorzunehmen. Ihr könnt gerne bei der GPK anfragen, sie werden euch vertiefere Argumente liefern, wieso wir das nicht machen sollten. Deshalb, meine Damen und Herren, ist der Zeitpunkt zur Steuersenkung noch abzuwarten. Wir dürfen jetzt nicht übermütig werden. Wir haben noch viele Hausaufgaben zu machen und wir sollten das Geld auch ein bisschen sozial verteilen und dort investieren, wo es wirklich gebraucht wird. Das können wir momentan noch und das sollten wir momentan auch noch. Somit schlage ich vor, den Auftrag von Reto nicht zu überweisen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Christian Sprecher: Danke Markus. Nochmals kurz Reto.

Reto Thomas Ruoss: Ja, ich will nur ein Argument kurz nochmals aufgreifen und zwar jenes, dass der Steuerfuss keine Rolle spiele, ob jemand nach Arosa kommt oder nicht. Ernst Stocker, Regierungsrat des Kantons Zürich, hat einen Vortrag an der Greater Zurich Area gehalten, in dem er geklagt hat, dass Leute für eine Kapitalauszahlung abwandern. Wenn man sich das Kapital aus der Pensionskasse auszahlen lässt, wird man in Zürich unglaublich hoch besteuert. Als Beispiel für eine Destination in welche abgewandert wird, wurde Arosa genannt. Arosa hat aber in letzter Zeit, von mir aus gesehen, an Attraktivität verloren. Einerseits sind die Liegenschaftspreise massiv gestiegen. Es gibt keine grosse Differenz mehr zu Flims, Laax und dergleichen. Da hat man dann schon einen gewissen Ausfall, da man sagen muss, dass es mich dann doch viel kostet, eine solche Liegenschaft zu haben, aber ich habe einen tieferen Steuersatz. Ich glaube, das muss man sich bewusst sein, weil das sind die Leute, welche, wenn sie kommen, Geld bringen.

Christian Sprecher: Danke Reto. Pascal?

Pascal Jenny: Danke auch für die Ausführungen. Nur zwei Sätze dazu. Ich finde, ihr habt eine gute Antwort gegeben. Ihr analysiert und kommt im November auf uns zu. Darum lehne ich es auch ab, jetzt da Druck zu machen auf den Juni. Ich finde, macht diese Auswertung. Ich habe es ja auch schon als Antwort gegeben, Reto, als du uns im Parlament bedient hast. Ich glaube, es gibt gewisse dunkle Wolken in der Schweiz, wo man wirklich genau hinschauen muss. Wenn wir CHF 1 Mio. plus weniger haben, was denn das wirklich für Auswirkungen hat. Geschätzte Voten von dir Markus. Gar nicht dabei gewesen ist der Tourismus. Wenn wir diese Leute hier oben haben wollen, dann muss der Tourismus funktionieren. Der Tourismus braucht auch in Zukunft Investitionen, es müssen neue Sachen kommen und die Gemeinde braucht Geld dafür. Ob das reicht und man gleichzeitig den Steuersatz senken kann, müsst ihr analysieren. Ich weiss es nicht, für mich hat das erste aber höheres

Gewicht. Was man noch ergänzen kann, zu dem was du gesagt hast, Reto, Roman Kühne ist einmal aktiv Menschen mit einem Schreiben angegangen, wieso sie nach Arosa kommen sollen. Ich glaube, er hat sogar Steuern auch noch irgendwie erwähnt, indem er irgendetwas erlassen hat, wenn sie die Schriften nach oben nahmen. Der Grundsatz wieso er sie angegangen hat, ist der, dass wir ein anderer Brand sind. Die, welche jetzt hier genannt wurden, wie Klosters, Markus, ich gehe entweder nach Arosa oder ich gehe zu zwei, drei anderen, aber ich gehe nicht zu diesen Zweitliga-Tourismusorganisationen. Darum müssen wir da stark bleiben und wenn wir den Steuersatz runternehmen können und das auch noch hilft, ist das super. Das Hauptargument, sorry, das ist euer Brand, der hier oben wirkt. Darum klärt das, bitte. Für mich reicht November. Wenn ihr gute Argumente habt, dann zahle ich auch gerne ein paar Franken weniger, aber nicht zulasten von Investitionen für Dinge mit denen man wirklich Geld verdient. Markus, ich habe Respekt vor der Landwirtschaft, sie ist sehr wichtig, aber das Geld kommt wirklich mit dem Tourismus hier hoch.

Christan Sprecher: Gut, ich schaue nochmals ganz kurz zum Gemeindevorstand. Dann würde ich gerne abstimmen. Wer dafür ist, dass man den Auftrag von Reto Ruoss betreffend Steuersenkung beim Gemeindevorstand deponiert, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Gegenmehr? Danke, der Antrag wird somit beim Gemeindevorstand deponiert.

Antrag von Reto Thomas Ruoss

Reto Thomas Ruoss stellt folgenden Antrag "Der Gemeindevorstand wird beauftragt für die Steuerperiode 2025 eine Reduktion des aktuellen Steuerfusses von 90 % zu prüfen. Anzustreben ist ein Steuerfuss von höchstens 80 % oder tiefer.

Das Gemeindeparlament beschliesst zum gestellten Antrag von Reto Thomas Ruoss:

Der Antrag von Reto Thomas Ruoss wird angenommen. Das Stimmenverhältnis beträgt 8:5, bei einem abwesenden Parlamentarier.

Christan Sprecher: Wir sind bei Traktandum Aufträge / Anfragen. Gibt es weitere Aufträge oder Anfragen, welche noch zu behandeln respektive zu beantworten sind?

Markus Lüscher: Geschätzte Damen und Herren, ich habe euch allen diese Anfragen gestellt. Ich werde es nicht nochmals ablesen, sondern den Vorstand bitten, eine Antwort zu geben.

Patric Iten: Ich antworte auf die Anfrage 1, Entwicklungsstand BlueWave, Haus EWA und Rathaus. BlueWave und Rathaus kann man eigentlich aufs selbe nehmen. Wir sind dort dran mit Architekt Adrian Christen, der dran ist, dieses Projekt aufzugleisen. Wir hoffen, dass wir das an der Infoveranstaltung am 18. April dann auch aufzeigen können. Es geht dabei um den Bau eines neuen Rathauses, was dringend nötig ist. Unser Rathaus ist nicht behindertengerecht und entspricht nicht mehr der heutigen Zeit. Was ich dazu vielleicht sagen kann, wir bewegen uns da in einem Rahmen von ca. CHF 15,5 bis 16 Mio. Wir denken, dass wir das in zwei Etappen realisieren würden. Die erste Etappe wird dort sein, wo das BlueWave steht. In der zweiten Etappe wird das alte Rathaus abgerissen und dann das neue Rathaus gebaut.

Unten rein kommen klar behindertengerechte Büros und oben sind rund 24-25 Studios, etwa sechs 2.5-Zimmerwohnungen und ganz oben zwei 3.5-Zimmerwohnungen geplant. Die nächste Frage ist, ob es angedacht ist, dieses Quartier parallel mit dem Wärmeverbund zu koordinieren. Nein, das ist nicht der Fall. Der Wärmeverbund steht bis dann noch nicht. Das Ziel ist eigentlich, dass das Projekt an der nächsten Parlamentssitzung mit der entsprechenden Botschaft vors Parlament kommt. Schlussendlich, wäre dann das Ziel, dass nächstes Jahr im April mit dem Bauen des ersten Teils begonnen werden kann. So viel zu deinen ersten Fragen. Ist das so okay für dich Markus?

Markus Lütscher: Wie sieht es zeitlich aus?

Patric Iten: Zeitlich soll per 1. April nächstes Jahr mit der ersten Etappe begonnen werden, wenn alles gut läuft. Das würde heissen, dass im Juni 2026 das erste Gebäude fertig wäre. So Gott will, natürlich. Also für das brauchen wir Geld. Ah und vielleicht auch sonst noch rasch zum Tourismus, Pascal. Tourismus braucht Geld, aber auch Arosa braucht Geld zur Verschönerung von Arosa, um die Attraktivität auch ausserhalb Arosas zu steigern. Von dort her glaube ich, dass wir genug Geld brauchen und der Zeitpunkt für eine Steuersatzreduktion momentan falsch ist. Die Anfrage 2 zum Chalet Anny wird euch Yvonne beantworten.

Yvonne Altmann: Danke vielmals. Ich war ein wenig überrascht ob dieser Frage, aber bin auch froh, dass wir das beantworten können. Es war ja eine klare Botschaft ans Parlament mit klaren Auflagen und es sind auch öffentliche Eingaben gewesen. Der Baurechtszins wurde eingegeben und der Baurechtszins der bleibt auch bestehen. Also nein, es gibt keine Baurechtszins-Reduzierung. Ich habe eine mögliche Erklärung gefunden, warum man über so etwas geredet hat. Es ist so, dass wir nach der Ablehnung der Wätterweid und mit dieser Möglichkeit vom Chalet Anny, wo die Skischule in den Lead gehen wird, mit einer Wohnbaugenossenschaft Abklärungen getroffen haben. Wir haben mit einer Rechtsanwältin dieser Wohnbaugenossenschaft des Bundes abgeklärt, wie es möglich ist, dass man Gelder kriegt vom Fonds de Roulement und dort kamen ganz klare Auflagen für den Baurechtszinsvertrag mit Bedingungen, welche wir noch prüfen und verarbeiten müssen. Aber wie gesagt, der Baurechtszins wurde so eingegeben und an dem wird sich auch nichts mehr ändern. Ich hoffe ich konnte deine Frage beantworten.

Christian Sprecher: Dann ist noch der dritte Punkt.

Noldi Heiz: Jawohl, ich glaube ihr habt die Unterlagen auch bekommen in Bezug auf die Einwohnerstatistik. Wie ihr seht, gibt es da so ein bisschen eine diametrale Entwicklung. Am augenfälligsten ist sicher, dass vor allem in den letzten zehn Jahren die Einwohnerstatistik ein negatives Bild zeigt. Auf der anderen Seite, wenn man dann die Saisonierstatistik anschaut, sieht man genau die gegenteilige Entwicklung. Es gibt immer mehr und mehr Saisoniers. Was bedeutet das? Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass wir die herausfordernde Nachfrage an Mitarbeitern decken können müssen. Wenn man die Entwicklung bei uns in der Bevölkerung anschaut, sieht man eigentlich ein einheitliches Bild. Wir haben eine generelle Überalterung. Ab Alter 55-59 Jahre bis 90 Jahre und älter hat die Bevölkerung zugenommen. Die arbeitende Bevölkerung hat abgenommen, ausser in einer Kategorie. Das ist zwischen 30 und 34 Jahren. Dort sieht man eine leichte Zunahme. Bei der Ausbildung, vor allem auch bei den Kindern, kann man auch eine gewisse Tendenz sehen. Es gibt weniger Kinder. Es hat gewisse Bereiche, wo es ein bisschen mehr zugelegt hat, beispielsweise bei den 5- bis 9-Jährigen. Wo aber ein starker Rückgang zu verzeichnen ist, fast eine Halbierung, ist bei den 15- bis 19-Jährigen. In dem Alter,

in dem die Leute eine Lehre oder weitere Ausbildung beginnen und Arosa deshalb verlassen. Wenn man sich das anschaut, könnte man viel hineininterpretieren. Generell sagt man, die Bevölkerung nimmt ab. Vielleicht hat das auch mit dem zu tun, wie es mit dem Wohnbau aussieht. Hat es überhaupt die Möglichkeit hier zu wohnen? Hat es auch die Möglichkeit das ganze Jahr hier zu arbeiten? Und wenn ich die Tendenz anschau, dass wir immer mehr und mehr Leute holen müssen für Saisoniers, bedeutet das, dass wir sie vermutlich zeitgerechter für die Arbeitseinsätze, die wir hier haben, holen müssen. Das bedeutet, wir müssen schauen, dass wir die Elfmonatsstrategie, die wir hier angedacht haben, zusammen mit entsprechender Wohnbauförderung weiterentwickeln können. Das wäre es von meiner Seite.

Christian Sprecher: Danke. Markus, sind die Fragen beantwortet?

Markus Lütcher: Ja, nur zum Teil. Sicher, das habe ich schon erwartet. Das kennt man ja auch hier, über das ganze Gemeindegebiet. Aber mich hätte schon auch noch interessiert. - vielleicht ist es auch gar nicht möglich - für die einzelnen Fraktionsgemeinden diese Situation darzustellen. Ob man dann einen Schüler in Castiel oder einen Schüler in Langwies hat, das ist dann ein Unterschied, der für unsere Schule noch wichtig ist.

Noldi Heiz: Markus, du hast es gesagt, es ist nicht ganz einfach, aber die Anfrage ist über Jan beim Kanton eingegangen und wir versuchen, die Daten eigentlich detailliert auf die einzelnen Fraktionen herunterzubrechen.

Markus Lütcher: Gut, danke schön. Wir hatten es vorher noch, das ist noch ein bisschen untergegangen, wegen dieser Baurechtsdiskussion, wegen dem Stand von Chalet Anny. Sind wir da kurz vor der Realisierung, oder wie ist dort momentan der aktuelle Stand?

Noldi Heiz: Ich erlaube mir, hier Antwort zu geben, da ich direkt involviert bin. Wo stehen wir eigentlich? Wir haben mit dem Fonds de Roulement bzw. mit der Wohnbauförderung Kontakt. Das Projekt war beim Bundesamt. Wir haben die entsprechenden Rückmeldungen erhalten. Es sind zwei Themen, die jetzt anstehen. Die Finalisierung des Baurechtsvertrags, die jetzt im Raum steht, da sind ein, zwei Punkte drin, die laut Fonds de Roulement eigentlich drin sein sollten. Es geht um die Baurechtsdauer, es geht aber auch beispielsweise um die Anpassung des Baurechtszinses, also vom Bodenpreis, Entschuldigung, wie das gemacht wird. Dort gibt es als Vorschlag vom Bund eine sogenannte Ventilklausel, wo man sagt, wenn man kostengünstige Mieten machen will, muss man schauen, dass das irgendwie in einem Verhältnis ist. Da spricht man eigentlich zwischen Baurechtszins und Mieteinnahmen zwischen 12 % und 15 %. Wie Reto vermutlich sehr gut weiss, sprechen wir hier von Kostenmiete. Man schaut das aus diesem Aspekt heraus an und versucht das alles in den Baurechtsvertrag zu integrieren. Das Ziel sollte ja sein, mit dem Baurechtsvertrag, das ist ja ein Auftrag, den das Parlament gegeben hat und wir versuchen das umzusetzen, dass es langfristig eigentlich kostengünstiger bzw. zahlbarer Wohnraum in Arosa sein soll. Das kann man natürlich nur dann machen, wenn sich z.B. der Bodenpreis innerhalb der nächsten 10 Jahre nicht verdoppelt und sich dementsprechend der Baurechtszins nicht ebenfalls verdoppelt. Das wird dann natürlich schwierig. Also hier muss man gewisse Ventilklauseln einbauen und an diesem Punkt sind wir am Arbeiten. Die Eingabe sollte im Laufe des Frühlings oder spätestens des Sommers erfolgen. Die Planung ist mehr oder weniger abgeschlossen.

Christian Sprecher: Danke. Wir sind immer noch beim Traktandum Aufträge / Anfragen. Gibt es da noch etwas? Ja, Ludwig?

Ludwig Waidacher: Verehrter Präsident, ich habe eine Frage zu den Anfragen von Markus und zu dem, was Patric gesagt hat. Man will hier Werbung dafür machen, man dürfe die Steuern nicht senken, weil Investitionen wie BlueWave, Rathaus etc. anstehen. Ich habe versucht, es zu erklären. Wir müssen versuchen, attraktiver zu werden. Damit wir besser werden, als wir es heute sind. Das wäre ein Anreiz. Ich habe einmal einen Auftrag eingereicht, über Wirtschaftsförderung. Da sind wir noch nicht weitergekommen. Wir hoffen, dass wieder ein paar kommen und vielleicht wieder mal einen Laden mieten usw. Das wird nicht einfach. Pascal hat es gesagt, der Schlüssel geht über den Tourismus. Da sind wir nicht schlecht, aber wir müssen schauen, dass wir private Leute haben, die selber arbeiten und Risiken eingehen. Da haben die Steuern einen Einfluss, auch wenn ihr das ein wenig anders seht. Zum Glück sind wir nicht in einem ganz sozialistischen Staat, wo alles automatisch von oben kommt. Ich will an euch appellieren, ja, ihr müsst kreativ arbeiten, aber es braucht auch eine visionäre, strategische Ebene. Wie können wir helfen, dass wir wieder ein bisschen mehr Läden erhalten und auch mehr Geld von den Läden kriegen, die es neu gibt? Es ist nicht einfach, ich habe die Lösung auch nicht. Noldi kehrt es um und sagt, wenn wir Wohnraum haben, haben wir auch alles andere. Es hängt alles zusammen. Es reicht nicht, mehr Wohnraum zu schaffen, wenn wir mit dem Rest nicht nachkommen. Für mich ist der Schlüssel, wie bringen wir Leute hierher, die privat Risiko eingehen? Dort hat die Steuersenkung, behaupte ich, einen positiven Einfluss.

Christian Sprecher: Danke. Ja Reto?

Reto Thomas Ruoss: Ich habe eine schriftliche Anfrage zu Tempo 30 eingereicht.

Christian Sprecher: Ja, das hast du.

Patric Iten: Das habe ich doch vorher beantwortet.

Reto Thomas Ruoss: Ja, wenn das beantwortet ist. Kann ich zur Kenntnis nehmen, dass das jetzt in Erledigung ist und demnächst auch ein Antrag vom Gemeindevorstand zur Einführung von Tempo 30 ausgearbeitet, beziehungsweise beim Kanton eingereicht wird?

Patric Iten: Ja.

Reto Thomas Ruoss: Ok, danke.

Christian Sprecher: Gut, dann hätten wir das soweit auch geklärt. Sind weitere Wortmeldungen zum Traktandum Aufträge / Anfragen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum letzten Traktandum, der Fragestunde. Wem darf ich das Wort geben? Bruno und dann Markus.

7. Fragestunde

Bruno Preisig: Ich hätte nur kurz eine Frage betreffend Waschanlage Valmischein. Diese ist schon seit Wochen, wenn nicht Monaten ausser Betrieb. Die Frage ist, wie die Situation aussieht. Ich glaube, man müsste etwas investieren, damit man die weiterbetreiben darf.

Peter Bircher: Ich kann insofern antworten, dass ich nicht darüber informiert wurde, dass diese Waschanlage nicht funktioniert. Ich würde vorschlagen, dass ich dem nachgehe und euch dann schriftlich informieren würde.

Bruno Preisig: Danke.

Christian Sprecher: Danke soweit für das. Dann noch Markus.

Markus Lütscher: Ich habe noch eine Frage an Paul Schwendener. Könntest du dem Parlament Auskunft geben, betreffend Situation und Stand der Baukommission und vielleicht auch der allgemeinen Situation im Bauamt?

Paul Schwendener: Ja, da gebe ich gerne eine Antwort. Die Situation des Bauamtes ist im Moment so, dass wir Gesuche in einer Zahl erhalten, wie wir sie noch nie hatten. Gleichzeitig ist Judith Digel vier oder fünf Wochen krankheitshalber ausgefallen. Das heisst, es hat noch einen Mitarbeiter auf dem Bauamt, Jan Accola, der jetzt in der Lage ist, diese Gesuche zu bearbeiten. Nebst Remo Pirovino, der allerdings noch nicht so weit ist, dass er Gesuche vollständig selber bearbeiten kann. Jan Accola wurde vom Militär aufgeboten, dass er jetzt vier Wochen in den Dienst muss. Wir haben ein Verschiebungsgesuch gestellt, mit, meiner Meinung nach, relativ guten Gründen. Heute Morgen habe ich erfahren, dass Judith Digel ab heute wieder arbeitet. Uns steht das Wasser bis zum Hals. Ich habe Massnahmen ergriffen. Wir arbeiten zusammen mit dem Büro STW, das für uns Gesuche beurteilt, wir arbeiten mit Thomas Accola zusammen. Aber der Zustand ist im Moment schon so, dass wir wirklich, wirklich, wirklich am Limit sind. Wir sind, mehr oder weniger, im Moment noch à jour. Es ist also nicht so, dass wir sehr viele Ladenhüter haben. Wir bringen sie heraus, aber meine Mitarbeiter, die wenigen, die ich habe, sind am Limit. Ich hoffe nicht, dass noch jemand ausfällt. Ich hoffe, dass das Militär das Verschiebungsgesuch von Jan Accola gutheisst. In dieser Situation ist die Geschichte mit der Baukommission hängig. Hier haben wir das Baugesetz nochmals überprüfen lassen, weil wir festgestellt haben, dass sich bei dessen Anwendung überall Fragestellungen ergeben. Wir haben auch festgestellt, dass das Baugesetz selbstverständlich von der Vorberatungskommission überarbeitet worden ist. Das ist soweit bereit. Ich werde das diese, die nächste und die übernächste Woche mit meinen Mitarbeitern besprechen. Dann werden wir es im Gemeindevorstand beschliessen. Es ist nicht so, dass wir das Baugesetz völlig umdrehen. Und dann werden wir das innerhalb der nächsten eineinhalb, zwei Monate der Vorberatungskommission vorlegen können. Und dann läuft es weiter, dann wird es eine Botschaft hier drin geben, dann wird das ganze Rösslispiel, wie wir es kennen, bis zur Genehmigung durch die Regierung nochmal laufen müssen. Ich hoffe, dass wir das dieses Jahr noch so machen und zumindest von unserer Seite die Voraussetzungen erfüllen können. Schlussendlich hängt es von der Regierung ab. Das ist die Situation des Bauamtes, das seit drei Jahren schwierig läuft und im Moment wirklich am Limit steht. Wenn mir jemand einen Mitarbeiter schicken kann, der uns unterstützt und das kann, würde ich ein paar tausend Franken aus meinem eigenen Sack bezahlen.

Christian Sprecher: Danke, Paul. Sind weitere Fragen?

David Zippert: Ich habe noch eine Frage an den gesamten Gemeindevorstand. Und zwar bezüglich der Problematik mit der rückgängigen Anzahl der Erstwohnungen. Nachdem das Projekt Wätterweid gescheitert ist, ist dies weiterhin ein ungelöstes Problem. Mich interessiert, ob der Gemeinschaftsvorstand eine grobe Strategie, eine Stossrichtung hat, welche man weiterverfolgt. Geht es in die Richtung, dass man

weiterhin versucht, Erstwohnungen zu erstellen? Oder geht es in die Richtung, dass man die Nutzung des altrechtlichen Bestands einschränkt? Oder geht es in die Richtung, dass man die Erstwohnungen auf irgendeine Art fördert? Gibt es da eine generelle Stossrichtung?

Yvonne Altmann: Ja, der Gemeindevorstand beschäftigt sich damit und analysiert diese Problematik. Der Gemeindevorstand wird nicht mehr mit einem Projekt kommen, wo die Gemeinde bei der Schaffung von Familienwohnungen selber in den Lead geht. Das Projekt BlueWave hat natürlich auch Erstwohnsitzmöglichkeiten für Mietwohnungen, aber für Familien ist nichts vorgesehen. Es ist aber so, dass wir, wie vorhin erwähnt, auch mit Genossenschaften dran sind. Es könnte sein, dass wir als Gemeinde Einzelnen oder einer Genossenschaft aus dem Lenkungsabgabentopf helfen könnten. Da bleiben wir dran. Das Problem ist erkannt. Ich glaube, die Abstimmung wurde wegen 4 % verloren, also mit 46 % Ja-Stimmen. 46% haben somit diese Problematik gesehen. Es ist uns ganz klar bewusst, dass wir hier dranbleiben werden. Deine zweite Frage ist, ob wir, wie z.B. Flims, die altrechtlichen Erstwohnungen limitieren wollen. Dass man diese eigentlich mit Auflagen versieht und ein entsprechendes Gesetz erarbeitet. Daran arbeitet der Gemeindevorstand momentan nicht, nein.

Christian Sprecher: Danke. Weitere Fragen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit sind wir am Schluss der Traktandenliste. Ich habe es erwähnt, wir sind trotzdem noch nicht ganz fertig. Ich bitte Bianca, jetzt nochmals zu mir nach vorne zu kommen. Du weisst ja, was jetzt kommt. Liebe Bianca, dein Präsidialjahr endet mit dem heutigen Tag. Ich darf dir heute für die Arbeit, die du geleistet hast, danke sagen. Ich darf das sicher im Namen von allen machen, von den Parlamentariern, vom Gemeindevorstand, aber sicher auch im Namen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde. Ich durfte es miterleben. Das eine oder andere Mal haben wir uns zwar verpasst, aber ich durfte es doch miterleben. Du bist immer absolut akribisch vorbereitet erschienen, hast nichts dem Zufall überlassen und das Amt als Präsidentin des Parlaments absolut souverän gemeistert. Du weisst ja, was jetzt kommt. Ich darf dir hier diesen wunderbaren Kristall überreichen. Er ist sehr schön. Er ist auch ein bisschen schwer. Ich habe mir natürlich schon ein paar Gedanken gemacht. Ich stehe hier für die Verabschiedung von Bianca aus ihrem Präsidialjahr und verdanke einer jungen Frau ihren Einsatz zugunsten der Gemeinde und zugunsten der einheimischen Bevölkerung. Ich drücke ihr einen Stein in die Hand, in der Hoffnung sie habe irgendwo zuhause ein Möbel stehen, das stark genug dafür ist. Ich habe mich dann kurzfristig mit den Kollegen aus der Verwaltung in Verbindung gesetzt und habe gefragt, ob sie nicht einen Blumenstrauss für diese Situation organisieren könnten, damit das ein bisschen eine Gattung macht. Ich danke den Kollegen, dass sie diesen aufgetrieben haben und darf ihn dir gerne überreichen. Ich habe zwar gehört, du habest nicht im Sinn dein Engagement im Parlament noch zu verlängern. Wir bedauern das und müssen das so zur Kenntnis nehmen. Ich wünsche dir aber auf jeden Fall für die Zeit, die dir hier im Parlament noch bleibt, aber vor allem für die Zukunft, für dich, für deine Familie, alles Gute, Gesundheit und was du dir sonst noch so wünschst. Danke vielmals.

Bianca Markwalder: Vielen Dank, Christian, für deine Worte. Vielen Dank auch für deine Unterstützung im vergangenen Jahr. Es war ein sehr spannendes Jahr für mich. Ich durfte viel lernen. Ich durfte aber auch jederzeit auf euch zählen. Ihr habt mir auch den einen oder anderen Fehler verzeiht. Ich war aber auch froh. Jeder, der es schon einmal gemacht hat, weiss, dass es nicht immer ganz einfach ist. Und jeder, der es nicht machen will, weiss wahrscheinlich auch warum. Sobald du mal drin bist,

so nach vier Sitzungen, dann musst du es halt wieder abgeben. Aber mir hat es Spass gemacht und ich danke euch allen auch vielmals.

Christian Sprecher: Gut, dann wäre es das gewesen für heute. Ich bedanke mich bei allen fürs Erscheinen, wir treffen uns Ende Juni wieder zur nächsten Parlamentssitzung. Ich wünsche allen eine schöne Heimreise und einen schönen Abend.

NAMENS DES GEMEINDEPARLAMENTS

Der Parlamentspräsident:


Christian Sprecher

Der Aktuar:


David Orlik



Gemeinde Arosa

Botschaft des Gemeindevorstandes an das
Gemeindeparlament

betreffend

Nachtrag I zum Gesetz über die Erhebung einer
Beherbergungsabgabe und einer
Tourismusförderungsabgabe in der Gemeinde Arosa

Antrag des Gemeindevorstandes an die Mitglieder des
Gemeindeparlaments

Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments

Der Gemeindevorstand beantragt Ihnen, dem vorliegenden Nachtrag I zum Gesetz über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe und einer Tourismusförderungsabgabe in der Gemeinde Arosa zuzustimmen.

NAMENS DES GEMEINDEVORSTANDES:

Die Gemeindepräsidentin:


Yvonne Altmann

Der Gemeindevorstand:


Jan Diener


Arosa

Erläuternder Bericht

I. Ausgangslage

Die Stimmberechtigten der Gemeinde Arosa haben am 27. September 2020 das heute geltende Tourismusgesetz an der Urne angenommen und es wird seit dem 1. Juni 2021 angewandt. Das neue Gesetz, welches auch die verschiedenen Tourismusgesetze der ehemaligen Talgemeinden ablöste, brachte den Wechsel von der Kurtaxe zur Beherbergungsabgabe mit sich. Im Weiteren wurde die Bemessungsgrundlage bei den Ferienwohnungen von der Anzahl Zimmer auf die Nettowohnfläche geändert. Der Vollzug ging von Arosa Tourismus an die Gemeinde über. Das neue Gesetz hat sich bewährt und die für den Tourismus notwendigen Mittel können wie erwartet, generiert werden.

II. Anlass für den vorliegenden Nachtrag 1

Wie aus verschiedenen Mediennachrichten entnommen werden konnte, haben die Sportbahnen Hochwang AG den Betrieb ab der Wintersaison 2023/2024 aus finanziellen Gründen eingestellt. Eine 16-köpfige Gruppierung, bestehend aus Einheimischen und Zweitwohnungsbesitzern im Schanfigg hat sich zum Ziel gemacht, den Bergbahnbetrieb am Hochwang auf die nächste Wintersaison hin wieder zu aktivieren. Dafür benötigen sie jedoch langfristig gesicherte Mehreinnahmen. Zum einen soll ein Kapitalpuffer von ca. CHF 800'000.- geschaffen werden. Zum Zweiten sollten durch Spenden und neues Aktienkapital sollen die Überbrückung bis zum Saisonstart 2024//2025, der Neustart und die Sicherung des Bahnbetriebs über die nächsten 5 Jahre inkl. Investitionen und Verluste in schneearmen Wintern gesichert werden. Die Sammlung dieser Gelder läuft gegenwärtig und das erste Etappenziel von CHF 300'000.- bis Ende Dezember 2023 konnte frühzeitig – bereits Mitte November 2023 – erreicht resp. übertroffen werden. Bis Ende April 2024 soll ein Betrag von insgesamt CHF 800'000.- zusammenkommen. Die bisherige Bereitschaft von vielen Seiten und die unzähligen positiven Reaktionen würden zeigen, dass das Ziel der Wiederinbetriebnahme der Bahnen mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichbar ist.

Selbst bei einer Fokussierung auf das Kerngeschäft und einem optimierten Betrieb reichen die Einnahmen aus dem Personentransport und den aktuellen Betriebsbeiträgen der öffentlichen Hand aber nicht aus, um das strukturelle Defizit zu decken. Das Unternehmen benötigt eine weitere langfristige, beständige Finanzierungsquelle, um den Betrieb zu sichern. Dies soll gemäss den Initianten damit erreicht werden, wonach im Tourismusgesetz eine neue Tourismuszone mit den Ortschaften Molinis, St. Peter, Pagig und Peist definiert werden soll, welche anstatt 30% der ordentlichen Abgaben, neu 60% der ordentlichen Abgaben der Tourismuszone A entrichtet. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen von ca. CHF 150'000.- sollen vollumfänglich dem Bergbahnbetrieb Hochwang zu Gute kommen.

III. Behandlung des Antrags im Gemeindevorstand

Der Gemeindevorstand hat den Antrag der Initiantengruppe "Neustart Hochwang" für eine weitere Tourismuszone mit den Ortschaften Molinis, St. Peter, Pagig und Peist anlässlich seiner Sitzung vom 17. Januar 2024 geprüft und beschlossen, dass er keine weitere Tourismuszone ins Gesetz aufnehmen will. Er erachtet es dagegen als sinnvoll und gerechtfertigt, wenn der bisherige Ansatz von 30% für alle Ortschaften der Tourismuszone B auf 60% angehoben wird. Dies ergibt Mehreinnahmen aus der Beherbergungsabgabe und der Tourismusförderungsabgabe von gut CHF 300'000.-, wovon max. CHF 150'000.- an die

Sportbahnen Hochwang fliessen sollen. Der restliche Betrag ist für andere touristische Projekte oder Aktivitäten im Tal zu verwenden. Eine Zweckbindung, wonach CHF 150'000.- dem Bergbahnbetrieb Hochwang zufließen sollen, soll nicht ins Gesetz aufgenommen werden. Die teilweise Verwendung der Mehrerträge für den Bergbahnbetrieb Hochwang ist in die bestehende Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Arosa Tourismus aufzunehmen. Über die Verwendung der zusätzlichen Gelder soll die Talkommission befinden und die entsprechenden Anträge durch den Vorstand von Arosa Tourismus genehmigen lassen.

Sollte die Gesellschaft zu einem späteren Zeitpunkt liquidiert werden, würde die Leistungsvereinbarung bezüglich der Beiträge an die Sportbahnen Hochwang obsolet und die Gemeinde bzw. Arosa Tourismus wären frei, die Mittel anderweitig für die Tourismusentwicklung im Tal einzusetzen. Ebenfalls wäre denkbar, dass Abgabenhöhe der Zone B im Tourismusgesetz wieder in den ursprünglichen Zustand zurückgeführt werden, sofern das Gemeindeparlament resp. die Stimmberechtigten dem zustimmen würden.

IV. Nachtrag I zum Tourismusgesetz

Damit der Ansatz bei der Beherbergungsabgaben und Tourismusförderungsabgaben in den Talortschaften von 30% auf 60% erhöht werden kann, muss Art. 3 Abs. 3 des Tourismusgesetzes revidiert werden. Der Artikel lautet neu:

"Die Beherbergungsabgaben sowie die Tourismusförderungsabgaben für Beherberger betragen in der Zone A 100% und in der Zone B 60% der im Reglement zu diesem Gesetz festgelegten Ansätze. Die Reduktion gilt auch für die Grundgebühr und die Grundtaxe der Beherberger."

Zum Vorgehen ist festzuhalten, dass auch der vorliegende Nachtrag der Genehmigung durch die Regierung des Kantons Graubünden bedarf. Wenn der Nachtrag vom Gemeindeparlament einstimmig angenommen wird, untersteht er dem fakultativen Referendum. Bei Gegenstimmen im Parlament unterliegt er der obligatorischen Urnenabstimmung. Weitere Anpassungen sind weder im Gesetz noch im Reglement zum Tourismusgesetz nötig. Die Beträge gemäss Reglement bleiben unverändert.

Da die Dauer bis zum Inkrafttreten nicht genau vorhersehbar ist, soll der Gemeindevorstand ermächtigt werden, den Nachtrag in Kraft zu setzen. Er würde auch auf diesen Zeitpunkt die Leistungsvereinbarung mit Arosa Tourismus anpassen.

V. Schlussbemerkung

Der Gemeindevorstand ist der Überzeugung, dass die Gemeinde mit diesem Nachtrag zum Tourismusgesetz einen wichtigen Beitrag zur Reaktivierung der Bergbahnen Hochwang und damit auch der Attraktivität der Talortschaften in touristischer Hinsicht leistet. Die damit erfolgende Erhöhung der Ansätze für die Talortschaften rechtfertigen sich auch aus der Tatsache, dass sie direkt von der Wiedereröffnung der Bergbahnen einen Nutzen haben, denn wie vorstehend erläutert, wird die Verwendung der zusätzlichen Erträge in der Leistungsvereinbarung mit Arosa Tourismus geregelt. Ändern sich die Verhältnisse, kann die Leistungsvereinbarung zeitnah geändert werden und eine weitere Gesetzesrevision ist nicht notwendig.

Nachtrag I

zum

Gesetz über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe und einer
Tourismusförderungsabgabe in der Gemeinde Arosa

(Tourismusgesetz Arosa)

- I. Art. 3 Abs. 3 des Tourismusgesetzes wird wie folgt geändert:
"Die Beherbergungsabgaben sowie die Tourismusförderungsabgaben für
Beherberger betragen in der Zone A 100% und in der Zone B 60% der im
Reglement zu diesem Gesetz festgelegten Ansätze. Die Reduktion gilt auch
für die Grundgebühr¹ und die Grundtaxe²."
- II. Der vorliegend Nachtrag I bedarf der Genehmigung durch die Regierung
des Kantons Graubünden.
- III. Der vorliegende Nachtrag I zum Tourismusgesetz wurde am
durch das Gemeindeparlament einstimmig angenommen.
Variante:
Der vorliegende Nachtrag I zum Tourismusgesetz wurde am
durch die Urnengemeinde angenommen.
- IV. Der Gemeindevorstand bestimmt das Inkrafttreten.

Von der Regierung genehmigt mit Beschluss vom

Die Gemeindepräsidentin

Der Gemeindevorstand

Yvonne Altmann

Jan Diener

¹ siehe Art. 10 Abs. 1 TG

² siehe Art. 20 Abs. 1 TG